



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 12
Dienstag, 2. September 2008
17:03 - 19:35 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.09.08 (Zirkulationsweg)

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 47 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Christian Hablützel Edgar Zehnder	SP SVP
Anfang der Sitzung:	Dieter Amsler Martin Egger Christoph Lenz Ernst Spengler	FDP FDP AL SVP
Schluss der Sitzung:	Jacqueline Lagler Werner Schöni	SP SVP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Rückzug der Vorlage des Stadtrates betreffend „Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit“ vom 18. September 2007	Seite 371
2	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat vom 12./18.03.08	Seite 372
3	Motion Katrin Hauser-Lauber (FDP): Eltern/Kind-Kurs vor dem Kindergarteneintritt	Seite 385

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungsprozess</i>)	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
01.04.08	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
23.05.08	Postulat Werner Schöni (SVP)/Christian Bächtold (FDP)/Peter Neukomm (SP): NASPO, wie weiter?	
09.06.08	Postulat Oliver Mank (SVP)/Daniel Preisig (JSVP): Anschluss von Hemmental ans Busnetz der VBSH	
10.06.08	Bericht und Antrag Motion Erwin Sutter (EDU): „Finanzielle Hochrechnungen“	GPK
01.07.08	Postulat Urs Tanner (SP): Erlebniswelt Schulweg – auf eigenen Füessen statt mit dem Elterntaxi zur Schule und in den Kindergarten	
01.07.08	Motion Christoph Schlatter (SP): Solidaritätsrappen zugunsten von Trinkwasserprojekten in Entwicklungsländern	
01.07.08	Postulat Florian Hotz (jfsH): Gegen Politikverdrossenheit – Bürgernaher Grosse Stadtrat	
01.07.08	Postulat Walter Hotz (FDP): Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie	
01.07.08	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Aufwertung Verkehrsgarten	
01.07.08	VdSR Vergabe im Baurecht der städtischen Parzelle GB Nr. 6114 „Talstrasse“ vom 01.07.08	GPK
01.07.08	VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen	SPK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
27.08.08	Dringliche Interpellation von Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche – verpasste Chance?	

2008 Kleine Anfragen:

11	Edgar Zehnder (SVP)	Belagsdeponie Engeweiher	10.06.08
12	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Projekt des Bundesamtes für Sport „schweiz.bewegt“	01.07.08
13	Peter Neukomm (SP)	Neues Gesetz zur Pflegefinanzierung – Auswirkungen auf die Stadt Schaffhausen	01.07.08
14	Josef Eugster (SVP)	Zivilschutzanlage „Gega“: Belegung, Betriebs- und Sanierungskosten	26.08.08
15	Josef Eugster (SVP)	Entschädigung der Parlamentsmitglieder Grosse Stadtrat	26.08.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Rückzug der Vorlage des Stadtrates betreffend „Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit“ vom 18. September 2007

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage vom 12. August 2008 mit **43 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2008 zum Rückzug der Vorlage "Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit".
2. Die Vorlage "Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit" vom 18. September 2007 wird infolge Rückzugs als erledigt abgeschrieben.
3. Die Spezialkommission "Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit" wird aufgelöst.

Traktandum 2 Sistierung der Vorlage des Stadtrates „Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat“

Der Grosse Stadtrat lehnt in der Schlussabstimmung den von der Spezialkommission "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" gestellten Antrag vom 21.08.08 mit **24 : 22 Stimmen** ab.

Die SPK wird die Vorberatung der VdSR "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" vom 12./18. März 2008 fortführen.

Traktandum 3 Motion Katrin Hauser-Lauber (FDP): Eltern/Kind-Kurs vor dem Kindergarteneintritt

Die Motion wird von der Motionärin Katrin Hauser-Lauber (FDP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung die Motion mit **36 : 8 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 12 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne.

Thomas Hauser (FDP) gratuliert SR Thomas Feurer zu seiner ehrenvollen Wahl zum Stadtpräsidenten und SR Peter Käppler zum Vollamt und wünscht den anderen beiden Anwesenden im Ratssaal, welche den Vorlauf nicht überstanden haben und demnächst in den Hoffnungslauf gehen werden, viel Erfolg.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antrag der SPK VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulstrukturreform Stadtschulrat vom 21.08.08
- Dringliche Interpellation von Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche - verpasste Chance? vom 27.08.08
- Kleine Anfrage Nr. 14 vom 26.08.08 von Josef Eugster (SVP): Zivilschutzanlage "Gega": Belegung, Betriebs- und Sanierungskosten
- Kleine Anfrage Nr. 15 vom 26.08.08 von Josef Eugster (SVP): Entschädigung der Parlamentsmitglieder Grosser Stadtrat
- Zwischenbericht vom Sozialreferat/Schulreferat Evaluation und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen vom 02.09.08 zur Kenntnis
- Einladung zum Henkermöhli vom 23.09.08 mit der Bitte um *Abmeldung* bei Markus Brütsch, Stadtratsweibel
- Broschüre zum Europäischen Tag des Denkmals, Einladung zum Europäischen Tag des Denkmals vom 12./13.09.08
- Änderungen im Mitgliederverzeichnis

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Der GPK-Präsident, Alfred Zollinger (SVP), hat die VdSR Vergabe im Baurecht der städtischen Parzelle GB Nr. 6114 "Talstrasse" verhandlungsbereit gemeldet; dieses Geschäft wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung figurieren (Traktandum 2, da GPK-Präsident erst ab 18.00 Uhr anwesend sein wird).

Christoph Schlatter (SP)**Persönliche Erklärung**

"Persönliche Stellungnahmen sind oftmals mit einer Rüge verbunden, welche sich ebenso oft an den Stadtrat richtet. Umso mehr freut es mich, dass ich heute für einmal dem Stadtrat ein Kompliment aussprechen darf. Mit seinem mutigen und fortschrittlichen Entscheid, sich für die Beibehaltung des Trolleybusses und dessen Ausbau einzusetzen, hat er bewiesen, dass er beim Umweltschutz ernst macht und sich für eine nachhaltige und nach vorwärts gerichtete Verkehrspolitik einsetzt. Dass er richtig entschieden hat, beweist die grosse Unterstützung, welche der Trolleybus aus der Bevölkerung bekommt. Mit der laufenden Unterschriftensammlung zu einer entsprechenden Petition erhält er einen wichtigen Support aus der Bevölkerung. Nochmals meinen Glückwunsch für diesen wegweisenden Entscheid. "

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 11 vom 19.08.08 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Zur Traktandenliste werden folgende Wortmeldungen gewünscht:

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Persönliche Erklärung**

"Sie haben dem Titel meiner Interpellation entnehmen können, dass ich dieses Geschäft gerne dringlich behandelt hätte. Damit die Interpellation mit einem sehr wohl aktuellen Hintergrund nicht wie der parlamentarische Auftrag selbst zur Pendenzenleihe wird und irgendwann im Laufe des Winters diskutiert wird, beantrage ich Ihnen Aufnahme auf die heutige Traktandenliste und entsprechende Platzierung als Traktandum Nummer 1. "

Peter Neukomm (SP)**Votum**

"Ich stelle Ihnen namens der SP/AL-Fraktion den Gegenantrag, diesen Vorstoss nicht für dringlich zu erklären. Sie alle wissen, dass zurzeit Wahlkampf ist. Der Zeitpunkt der Einreichung dieses Vorstosses - drei Tage vor der Vollämterwahl - beweist, was der Urheber damit erreichen wollte und qualifiziert die Gründe der Dringlichkeitserklärung selbst. Wir sehen keinen Grund, diesen Vorstoss zu bevorzugen; er hätte bereits vor einigen Wochen eingereicht werden können. Darüber, dass der Stadtrat in den vergangenen Monaten in dieser Problematik formell nicht besonders geschickt agiert hat, kann man diskutieren. Aber wir sehen keinen Grund, dieses Anliegen vor alle anderen persönlichen Vorstösse, die teilweise ebenfalls berechnete Anliegen vertreten, zu stellen. Wir stellen den Antrag, dieses Geschäft auf dem ordentlichen Weg zu behandeln. "

Bernhard Egli (OeBS)**Votum**

"Dr. Raphaël Rohner hat ein ähnliches Thema bereits mit einer Kleinen Anfrage thematisiert. Ich ärgerte mich damals darüber, dass er keine Interpellation eingereicht hatte, weil es für mich ein typisches Thema ist, das nicht mit einer Kleinen Anfrage behandelt werden kann, da man auf die Beantwortung nicht reagieren kann. Hätte man damals eine Interpellation eingereicht, wäre das Thema heute bereits diskutiert gewesen. Im Moment sehe ich keinen Grund, weshalb die Interpellation heute dringlich vor allen anderen eingereichten Vorstössen zu behandeln ist. "

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

"Ich bin in dieser dringlichen Interpellation persönlich angesprochen worden, obwohl die Antwort auf die erwähnte Kleine Anfrage vom Gesamtstadtrat verabschiedet wurde. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich über das letzte Wochenende keine Zeit hatte, eine Antwort zu verfassen und diese auch noch mit dem SR zu besprechen. Der SR nimmt gerne Stellung im Parlament zu den von Dr. Raphaël Rohner in seiner Interpellation geäußerten Vorwürfen, möchte dies aber ordnungsgemäss vorbereiten. Es handelt sich um ein wichtiges Geschäft, und Sie

wollen hoffentlich auch gute Auskünfte. Dass wir den parlamentarischen Auftrag nicht verschlafen haben, können Sie der vierseitigen Antwort auf die Kleine Anfrage vom 10. Juni 2008 entnehmen, was für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage unüblich lang ist. Ich bitte Sie schon heute um Verständnis für den vom Stadtrat in gewissen heiklen Landgeschäften eingeschlagenen Weg, eine öffentlich geführte Diskussion zu vermeiden. Wir haben immer wieder mit der GPK Zwischengespräche geführt; wie Sie wissen, hat auch die Problematik der transparenten Führung von Landgeschäften in der Politik immer wieder dazu geführt, dass der Stadt gute Stücke weggeschnappt wurden. Wir sind am Ball und werden ausführlich darüber informieren, was zum heutigen Zeitpunkt leider nicht möglich ist. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

”SR Peter Käppler hat verständlicherweise bereits inhaltlich Stellung genommen. Es geht mir nicht um Wahlkampf, sondern um ein Anliegen, das ich bereits 2004 in der SPK vertreten und als Einziger in den letzten vier Jahren konsequent weiterverfolgt habe. Es ist deshalb sehr wohl legitim, das Thema wieder aufzunehmen; dies würden SR Peter Käppler und Peter Neukomm ebenfalls tun. Wir stimmen darüber ab und werden das Resultat dann sehen. “

Der **Ratspräsident** informiert, dass gemäss Art. 33 der Geschäftsordnung eine Zweidrittelsmehrheit des Parlaments (29 Ratsmitglieder) dem gestellten Antrag zustimmen muss, damit die dringliche Interpellation auf die heutige Traktandenliste aufgenommen werden kann.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Dr. Raphaël Rohner (FDP) mit **18 Stimmen** ab.

Die dringliche Interpellation von Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche - verpasste Chance? vom 27.08.08 wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung figurieren.

Traktandum 1 **Rückzug der Vorlage des Stadtrates betreffend „Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit“ vom 18. September 2007**

DETAILBERATUNG

Die **erste Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest die Seiten 1 bis 3 sowie die Anträge auf Seite 3 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. August 2008 zum Rückzug der Vorlage “Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit”. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Die Vorlage “Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen

Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit" vom 18. September 2007 wird infolge Rückzugs als erledigt abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

3. Die Spezialkommission "Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit" wird aufgelöst. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage vom 12. August 2008 mit **43 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat vom 12./18.03.08

Urs Tanner (SP)

Präsident der SPK

"Ich werde mich kurz halten und die Vorlage nicht vorstellen. Das Ergebnis der 2. SPK-Sitzung vom 14.08.08 ist bekannt, die Vorlage ist sistiert worden, und zwar im Verhältnis 8 : 3, bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit. Hauptgrund von SVP/JSVP, OeBS/EVP und einem Teil der FDP/jfsh war, man wolle die Abstimmung zum kantonalen Schulgesetz abwarten und solange die Vorlage sistieren. Klarer Konsens herrschte in der SPK bezüglich genereller Zustimmung zu Schulleitungen und zur Weiterführung der drei TAGS-Schulversuchen im Sistierungsfall ab 2009.

Da dieses Vorgehen von grossen Teilen der SP und FDP nicht verstanden wurde, stellen wir heute dieses Traktandum zur Diskussion, damit der Gesamtrat in seiner vollen Weisheit entscheiden kann.

Ob diese Meinung für einen Grossteil der FDP noch zutrifft, werden wir anschliessend hören. Der Wind hat sich leicht gedreht, aber in einer Stunde werden wir mehr über den Stand dieser Vorlage wissen.

Wie Sie wissen, kann die SPK die Vorlage momentan nicht abschliessend sistieren, weil bei dieser speziellen Vorlage ein materieller Endentscheid vorliegen würde. Definitiv kann also nur der Gesamtrat sistieren.

Ich bitte Sie deutlich zum Ausdruck zu bringen, was Ihre Fraktion will, ob sistieren, eintreten, nicht eintreten. Je nach Ergebnis wüsste die SPK, wie sie weiterarbeiten soll oder ob sie dem Rat je nach Entscheid folgen und sistieren wird.

Da ich aus meinem Herzen selten eine Mördergrube mache, und dies wahrscheinlich auch nicht so gut kann, ist Ihnen sicherlich klar, dass meine persönliche Meinung für Eintreten auf diese gute und wichtige Vorlage ist. Schlafen können wir dann wieder im Winter während des Winterschlafs.

Sie kennen den Mehrheitsantrag der Kommission: Er lautet auf Sistierung. Ich freue mich auf eine konstruktive Schuldiskussion. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

"Wir müssen grundsätzlich keine Schuldiskussion führen; es geht primär um den Sistierungsantrag der SPK. Unbestritten ist in unserer Fraktion, dass es auch Führung in der Schule braucht; unbestritten sind ebenfalls die Absichten des Stadtschulrates und des Stadtrates im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von Schulleitungen materiell substantiiert.

Schulleitung wirkt sich nicht nur gemäss PISA 2000, sondern gemäss weiteren OECD-Studien auf mehreren Ebenen positiv auf Schule und Unterricht aus, nämlich in Bezug auf die Lehrpersonen selbst, aber auch auf das Team, die Kultur und das Klima des Schulhauses und besonders natürlich auch auf den Unterricht und auf die Schülerinnen und Schüler, die immer im Vordergrund unserer Überlegungen stehen sollen.

Die FDP/jfsh-Fraktion steht hinter dieser Vorlage und stimmt ihr grundsätzlich auch zu. Leider sind wir noch nicht ganz so weit; einmal mehr spielt die normative Kraft des Faktischen. Der Antrag der SPK ist gemäss einer grossen Mehrheit unserer Fraktion begründet und die vorgeschlagene Sistierung macht durchaus Sinn. Dass für einen solchen Entscheid das gesamte Parlament zuständig ist, erachte ich als richtig, da es sich um eine Vorlage handelt, die in ihrer Tragweite wichtig ist.

Nachdem der von der SPK gestellte Sistierungsantrag vernünftigerweise zeitlich nicht ad infinitum definiert ist, sondern sich ausdrücklich auf den Zeitpunkt der Debatte im Kantonsrat über die Schulgesetzvorlage beschränkt, welche voraussichtlich bereits Ende Oktober 08 stattfinden wird, können wir ihm zustimmen. Wir werden zu jenem Zeitpunkt eine gewisse Klarheit darüber haben, in wie weit das neue Schul- und Bildungsgesetz auf Akzeptanz stossen kann, was unseren Entscheid auf kommunaler Ebene sicher erleichtert.

Die **FDP/jfsh-Fraktion** steht grösstmehrheitlich hinter dem SPK-Antrag. "

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

"Die gute Vorlage "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" kommt leider im falschen Moment und mit einer zum heutigen Zeitpunkt falschen Ausrichtung. Schon im Juli 2004 hat die damalige SPK die analoge Vorlage mit Einverständnis des Stadtrates als Orientierungsvorlage behandelt, weil ein Alleingang der Stadt Kosten in der Höhe von gegen einer Million wiederkehrend zur Folge hätte.

Unbestritten ist für mich allerdings, dass gehandelt werden muss und dass langfristig flächendeckend geleitete Schulen, so, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist, eingeführt werden. Die Übergangslösung für die drei TAGS-Schulen läuft nächstes Jahr aus, und es wäre unsinnig und würde auch ein falsches Signal setzen, wenn diese Schulen wieder in Vorsteherschulen zurückgeführt werden müssten.

Ein Ziel der Vorlage müsste es also sein, in erster Linie die finanzielle Sicherung dieser TAGS-Schulen zu erreichen, aber genau dies verfehlt sie. Wird die Vorlage nämlich abgelehnt, sind auch die TAGS-Schulen abgelehnt. Falls also zu diesem Zeitpunkt das neue Schulgesetz noch nicht in Kraft ist, müssen diese Schulen zurückgeführt werden. Ist das neue Schulgesetz in Kraft, erübrigt sich die Vorlage, weil dann die Ausgaben für die Schulleitungen gebundene Ausgaben sind.

Als die Eintretensdebatte in der SPK zeigte, dass nur ein äusserst knappes Resultat für oder gegen Eintreten zu erwarten war, hat sich die SPK mit grossem Mehr für eine Sistierung entschieden. Eine Ablehnung hätte ein falsches Signal im Zusammenhang mit der Diskussion um das neue Schulgesetz gesetzt und die Weiterführung der Diskussion ohne Kenntnis der definitiven Bestimmungen zu den Schulleitungen im Gesetz macht wenig Sinn.

Die Vorlage geht nicht oder nur ganz ungenügend auf die Situation ein, wenn Schaffhausen in einem Schulkreis mit anderen Gemeinden und nicht allein seine Schulen und deren Leitung organisieren muss. Der dazumalige Schulrat hat grundlegend andere Kompetenzen und Aufgaben als der heutige Stadtschulrat und die pädagogische und personelle Führung der Schule gehen vollständig an die Schulleitungen über. Es ist aber auch gar nicht möglich diese Bestimmungen jetzt festzulegen, wenn das Schulgesetz noch nicht durch den Kantonsrat abgesehnet ist. Die Diskussion um die Kompetenz- und Aufgabenzuordnung verkommt also weitgehend zu einem Sandkastenspiel.

Ebenso ist es ungewiss, wie der Kanton seine Gesetzgebung anpassen wird, sollte das Schulgesetz vor dem Volk scheitern.

Es ist also nur eine Vorlage auf den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, der Stadtverfassung, dem geltenden Schulgesetz und Schuldekret und den entsprechenden Verordnungen von Regierungsrat und Erziehungsrat zu diskutieren. Das wäre allerdings ein Blick zurück. Damit sind aber in der pädagogischen und personellen Führung enge Bestimmungen zu beachten, die wenig Spielraum für Kompetenzverschiebungen zulassen. Einige genannte Beispiele in der Vorlage sind nämlich so nicht zulässig (zum Beispiel Beurteilung der Lehrpersonen und vorzeitige Einschulung). Ob dies aber wiederkehrende Mehrausgaben von rund einer Million Franken rechtfertigt und bei einer Volksabstimmung vertreten werden und somit auch Akzeptanz finden können, ist mehr als fraglich.

Die Vorlage gibt auch keine Alternativlösungen für die bestehenden TAGS-Schulen. Es werden zwar die Kosten für die Tagesschulen als bestehende Kosten gerechnet, doch müssten auch diese Kosten ab dem nächsten Schuljahr über eine Volksabstimmung bewilligt werden. So belaufen sich die Mehrkosten für die Stadt bei einem Alleingang auf gut eine Million Franken.

Gleichzeitig sind aber dringende Investitionen im Schulbereich notwendig. Ich nenne hier nur die dringenden Sanierungen, den Neubau Breite (in welcher Form auch immer), die Sanierungen im Zusammenhang mit der Neuzuteilung von den Primarschulen und der Orientierungsschulen sowie die Einführung von Tagesstrukturen.

Ob in diesem Zusammenhang eine wiederkehrende Belastung des Stadthaushaltes durch den Alleingang bei der Einführung von Schulleitungen noch verkraftbar ist und bei einer Volksabstimmung Chancen hat, bezweifle ich sehr. Eine Ablehnung dieser Vorlage vor der Abstimmung über das neue Schulgesetz wäre aber fatal und umgekehrt genauso. Bei einer Ablehnung der Vorlage müssen also die TAGS-Schulen zurückgeführt werden.

Wir sollten also zuerst den Fortbestand der TAGS-Schulen planen und diesen Kredit mit einer Volksabstimmung sichern. Erst dann gelten diese Ausgaben als bestehende Ausgaben und können von den zukünftigen Mehrkosten abgezogen

werden. Wir kommen also um eine zusätzliche Vorlage nicht herum, die sehr schnell dem Volk unterbreitet werden sollte.

Eine Sistierung dient also in erster Linie der Fortführung der TAGS-Schulen, da nur so eine Vorlage in dieser Richtung möglich wird und sie dient auch dazu, eine generelle Einführung von Schulleitungen nicht leichtfertig zu gefährden.

Die Sistierung hat also nicht etwa die Ablehnung von Schulleitungen zum Ziel, ganz im Gegenteil sollen die Chancen für deren möglichst rasche Einführung gewahrt bleiben. Die Sistierung gilt nach dem Ihnen vorliegenden Vorschlag (wir haben das in der SPK zwar nicht mehr so diskutiert oder beschlossen) nicht bis in alle Ewigkeit, sondern nur bis die Diskussionen im Kantonsrat zum neuen Schulgesetz abgeschlossen sind. Daraufhin kann nämlich die Arbeit auf diesen gesicherten Grundlagen in der SPK wieder aufgenommen werden.

Stimmen Sie zugunsten zukünftiger Schulleitungen und zur Weiterführung der TAGS-Schulen der Sistierung zu. Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird dies jedenfalls mindestens grossmehrheitlich tun. “

Urs Furer (SP)

”In zwei Sitzungen haben wir über das Eintreten auf die Vorlage des Stadtrates beraten. Die Mehrheit der SPK hat am 14.08.08 für eine Sistierung der Vorlage gestimmt.

Mir geht es heute darum, Sie davon zu überzeugen, dass diese Sistierung ein völlig falsches Zeichen ist. Wird doch eine Sistierung gleichgesetzt mit - der Grossstadtrat will die geleiteten Schulen nicht - oder - der Grossstadtrat ist mutlos, wenn es um Schulfragen geht. Und dies wollen wir alle nicht.

Zuwarten, bis das neue Schulgesetz im Kantonsrat beraten und darüber abgestimmt wurde – das war die Begründung für die Sistierung. Alle ParteivertreterInnen haben sich zwar für geleitete Schulen ausgesprochen, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Bereits 2004 wurde eine vom Stadtrat dem Parlament vorgelegte Vorlage mit derselben Begründung in eine Orientierungsvorlage umgewandelt.

Die Stärke der aktuellen Vorlage besteht gerade darin, dass sie einen Weg für beide Szenarien – Annahme und Ablehnung des neuen Schulgesetzes - aufzeigt.

Kollege Rohner hat in der letzten Ratssitzung verkündet (Zitat): *„Das neue Schulgesetz kommt so sicher wie das Amen in der Kirche, es stellt sich allerdings die Frage nach dem Zeitpunkt. Wir stehen mit den geleiteten Schulen in der Stadt Schaffhausen in Pflicht, und es kann nicht sein, dass für diese Schulen plötzlich ein Übungsabbruch geblasen wird, um anschliessend wieder “vorwärts Marsch” zu blasen.“*

In den letzten Jahren haben nicht nur andere Kantone, sondern auch etliche der Schaffhauser Gemeinden geleitete Schulen eingeführt. In der Stadt werden drei teilautonom geleitete Schulen (TAGS) als Schulversuch geführt. Die Erfahrungen dieser Schulen sind sehr positiv; es darf nicht soweit kommen, dass diese Schulversuche bei zwei dieser drei Schulen aus Kostengründen oder weil der Schulversuch ausläuft, wieder in Vorsteherschulen zurück geführt werden müssen.

Es wäre denkbar schlecht, wenn wir jetzt alle Schulen wieder zu Vorsteherschulen machen müssten. Ebenso würde eine Aufwertung der Vorsteherschulen und Vorsteherstellen ein falsches Zeichen setzen. Diejenigen Lehrpersonen, die eine Schulleiterstelle suchen, eine entsprechende Ausbildung absolviert haben und jetzt auf eine Stelle warten, diese in der Stadt jedoch nicht finden, werden sich dann sehr schnell anderweitig orientieren.

Auch die PISA-Studien zeigen deutlich auf, dass geleitete Schulen deutliche bessere Qualitäten erzielen.

Bürgerliche Kreise sprechen immer gerne von Standortvorteilen. Jetzt haben wir die Gelegenheit einen Standortvorteil zu realisieren oder mindestens einen Standortnachteil zu kompensieren – die SP/AL-Fraktion wird diese Chance nutzen und die Vorlage an die Spezialkommission zur Beratung zurückweisen.

Ich bitte Sie ebenfalls die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, diese mit der Beratung zu beauftragen und gleichzeitig die Verhandlungen im Kantonsrat zu verfolgen. Wenn das Schulgesetz auf gutem Kurs ist, könnte die Vorlage gegebenenfalls zurückgezogen werden, im anderen Fall wäre die Vorlage dann beraten, und wir könnten abschliessend darüber abstimmen. Denken Sie an die Stadtschaffhauser -Kinder und Stadtschaffhauser-Lehrkräfte, und setzen Sie sich für eine moderne Schule ein. “

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Lieber schon heute geleitete Schulen als erst morgen. In dieser Hinsicht sind wir uns mehrheitlich, was ja nur sehr selten vorkommt, einig. Aber, und das ist immer wieder die Krux an der Sache, über den Weg zu dieser Lösung bestehen unterschiedliche Ansichten.

In dieser Vorlage haben wir uns über die Kosten zu äussern, die entstehen, wenn das Schulgesetz nicht rechtzeitig kommt oder - was gewisse Pessimisten behaupten - gar abgelehnt wird. Wird das Schulgesetz spätestens im Frühjahr 2009 angenommen, fallen ein grosser Teil der jetzt anstehenden Kosten dahin und die geleiteten Schulen können in der Stadt schlank eingeführt werden. Es sträuben sich mir alle Haare und deren habe ich noch viele, hier einem wiederkehrenden Kredit von durchschnittlich Fr. 800'000.-- zuzustimmen, nur weil man sich beim Schulgesetz nicht einig werden kann. Rainer Schmidig hat darauf bereits hingewiesen.

Das ist für uns der Hauptgrund, deshalb wir für Sistierung der Vorlage sind. Wohlverstanden und hier klar unterstrichen: Wir könnten die Vorlage auch zurückweisen. Wir wollen aber klar verhindern, dass man daraus schliessen könnte, wir in der Stadt seien gegen die geleiteten Schulen und würden damit ein negatives Signal in den Kanton aussenden. Im Gegenteil, wir unterstützen alle Bestrebungen zur Einführung von geleiteten Schulen und sind von deren positiven Wirkung überzeugt.

Unsere Fraktion hätte auch kein Verständnis dafür, wenn man die heute bestehenden TAGS-Schulen in den Normalbetrieb zurückführen würde. Sowohl in der Steig und im Hohberg, wo die Versuche im Juli 09 und im Steingut im Juli 08 auslaufen, wurde gute Arbeit geleistet, und wir konnten und können auch viel von deren Erfahrungen profitieren. Sollte das Schulgesetz nicht rechtzeitig kommen, erwarten wir vom Stadtrat eine Vorlage, welche die Weiterführung dieser drei TAGS-

Schulen gewährleistet.

Wir unterstützen das System der geleiteten Schulen. Wir sehen aber nicht ein, weshalb wir über Fr. 800'000.-- einsetzen müssen, nur weil sich der Kantonsrat so viel Zeit lässt. Meine Damen und Herren, anwesende Kantonsrätinnen und Kantonsräte, Sie haben das Henkermöhli nur verdient, wenn Sie uns zu einem erfolgreichen und baldigen Abschluss der Schulgesetzverhandlungen im Kantonsrat verhelfen. Unter dem Zeichen dieser baldigen Morgenröte am Horizont empfiehlt die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** grossmehrheitlich die Sistierung der Vorlage. “

Peter Neukomm (SP)

Votum

”Ich habe an der letzten Ratssitzung bereits kurz zum Antrag von Urs Tanner Stellung genommen und bin damals flammend vom Präsidenten der Fraktion unterstützt worden, die jetzt gekippt ist. Urs Furer hat in seinem Votum darüber berichtet. Statt FLP müsste man sich HUH-Partei überlegen, Hüscht und Hott-Partei. Spass beiseite, es geht heute in erster Linie um den SPK-Antrag, dessen einzige Folge bei Zustimmung sein wird, dass wir Zeit verlieren für etwas, das wir in dieser Stadt so schnell wie möglich einführen wollen. Der Unterschied liegt darin, dass das - jetzt öffentlich platzierte - Bekenntnis zu geleiteten Schulen nur dann gilt, wenn es nichts kostet. Das ist symptomatisch bezüglich Bildungspolitik gewisser Parteien; es darf einfach nichts kosten und die angestrebte Sistierung grenzt an parlamentarische Dienstverweigerung. Da nützt auch eine Gewissensprüfung bei unserer Kollegin Dr. Cornelia Stamm Hurter, die solche abgenommen hat, nichts. Wir erreichen nur, dass die Stadt wertvolle Zeit bei der Einführung der geleiteten Schulen verliert. Rainer Schmidig spricht in seinem Votum von “ *bis der Kantonsrat entscheidet.....* ”.

Uns liegt die *Zusicherung* vor, dass der Kantonsrat nächsten Monat entscheidet, und wir wollen eine Vorlage sistieren. Das ist ein Streit um des Kaisers Bart, ein falsches Signal nach aussen und eine grosse Enttäuschung, weil immer alle davon reden, dass geleitete Schulen eingeführt werden müssten. Wenn der Kantonsrat im Herbst seine Debatte abschliessen kann, haben wir überhaupt keinen Grund zur Sistierung. Wir haben aber auch sonst keinen Grund, da diese Vorlage genau für diesen Fall eine Lösung gibt.

Wir geben ein klares Bekenntnis für geleitete Schulen ab, auch wenn es zur Ablehnung kommen sollte und stehen auch dazu, wenn wir es bezahlen müssen. Wir wollen eine Attraktivierung des Bildungsstandortes Schaffhausen. Wenn dann diese absurde Situation mit einer Verlängerung der TAGS-Schulen eintritt, möchte ich im “Blätterwald” die Kommentare weit über die Kantonsgrenze hinaus lieber nicht lesen müssen. Bitte entscheiden Sie heute vernünftig, zugunsten des Schulstandortes Schaffhausen. Anderen Gemeinden war die Einführung geleiteter Schulen etwas wert; die Frage ist nur, ob uns frühzeitige umgestellte Schulen in der Stadt Schaffhausen auch etwas wert sind. Offensichtlich nicht allen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

Votum

”Da mit dem Antrag der SPK die Vorlage selbst nicht diskutiert wird, werde ich als Mitglied des Stadtschulrates nicht in den Ausstand treten. Ich denke, es ist sogar richtig, dass ich aus unserer Sistierungsdebatte am Rednerpult stehe.

Ich möchte ausschliesslich zu unseren drei TAGS-Schulen sprechen:

Die Schulen Hohberg, Steig und Steingut sind freiwillig in den kantonalen TAGS-Versuch eingestiegen und werden seit rund 8 Jahren durch Schulleitungen geführt. Die Schulen haben sich in dieser langen Zeit mit ihren Schulleitungen weiter entwickelt. Möglicherweise müssten sie bei einer Sistierung der Vorlage im nächsten Sommer zurückgestuft werden. Das heisst, die TAGS-Schulen müssten allenfalls zwischenzeitlich ohne Schulleitungen leben.

Diese Verantwortung kann ich, auch als Grossstadträtin, nicht tragen. Immerhin stehen 92 Lehrpersonen und rund 670 Schülerinnen und Schüler hinter diesen teilautonom geleiteten Schulen.

Ich denke, die Zeit ist mehr als reif, dass wir baldmöglichst das städtische Stimmvolk fragen, ob wir flächendeckend Schulleitungen einführen sollen. Denn auch unsere herkömmlichen Vorsteherinnen und Vorsteher entwickeln sich jetzt schon in einer Metamorphose zu Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir wissen heute nicht, ob das riesige Schulgesetzkpaket bei einer kantonalen Abstimmung eine Mehrheit finden wird. Eine eventuelle Volksbefragung erst im Nachhinein auf städtischer Ebene könnte die Struktur der Schulleitungen an unseren Schulen gefährden. Dieses Risiko möchte ich nicht eingehen.

Ich bitte Sie deshalb, die Sistierung abzulehnen. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

”Die CVP wünscht sich für unsere Schulen grösstmögliche Autonomie im Rahmen der einheitlichen Lernziele. Deshalb begrüssen wir geleitete Schulen mit Schulleitungen, die eigenverantwortlich handeln können und auch Kompetenzen erhalten.

Doch zum jetzigen Zeitpunkt sind wir dafür, dass wir die Vorlage „Geleitete Schulen“ sistieren, bis wir wissen, wie es im Kanton weitergeht. Das Vorhaben kommt im Alleingang viel zu teuer zu stehen. Hoffen wir, dass das Schulgesetz schnell kommt und dann auch die geleiteten Schulen. Auch wir werden uns für die Weiterführung der TAGS-Schulen einsetzen und sind der Meinung, dass unsere Schulen auf einem guten Weg sind, zumal wir einer der fünf Kantone sind, die bereits HARMOS haben. Das dürfen wir nicht vergessen. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

”Ich werde versuchen, die Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht zu wiederholen und habe wohl heute Abend einen schweren Stand mit meiner Vorlage zur Einführung geleiteter Schulen, beziehungsweise zur Strukturreform des Stadtschulrates. Ich fürchte, dass sich die Kräfte für eine Sistierung heute Abend durchsetzen werden. Folgende Punkte möchte ich nicht unerwähnt lassen:

Anlässlich der Diskussionen der SPK haben sich die meisten Votantinnen und Votanten für geleitete Schulen ausgesprochen, ein Alleingang der Stadt schien aus Kostengründen nicht opportun. Dies hat sich auch heute Abend wieder gezeigt. Nun muss ich Ihnen aber die Frage stellen, ob Sie alle dem Eindruck erliegen, die geleiteten Schulen seien für die Stadt Schaffhausen zum Nulltarif zu haben? Sicher nicht. Wir haben überschlagsmässig Mehrkosten im Rahmen von Fr. 1 bis 1,5 Mio., sofern das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial stimmt.

Zu den Aussagen von Rainer Schmidig möchte ich hinzufügen, dass wir unsere Vorlage in allen Teilen auf die kantonale Vorlage zum neuen Schulgesetz abgestimmt und diese mehrfach mit Vertretern des Kantons abgesprochen haben. Wir haben auch die Bestätigung erhalten, sie sei absolut kompatibel, sowohl mit dem bestehenden wie auch mit dem neuen Schulgesetz.

Dem Vernehmen nach hat die SPK des Kantonsrats die zweite Lesung des neuen Schulgesetzes abgeschlossen, und ich habe Kenntnis davon, dass sowohl der SPK-Präsident wie die Erziehungsdirektorin alles daran setzen werden, dass das Gesetz noch vom Kantonsrat in der alten Zusammensetzung - das heisst noch im Jahr 2008 - verabschiedet werden soll. Wenn wir unsere Vorlage bis zu diesem Zeitpunkt sistieren, kann ich damit nur zur Not leben, müsste aber die Gewähr haben, dass im Falle eines Scheiterns die Arbeit an dieser Vorlage in der Stadt unverzüglich und zügig wieder aufgenommen werden kann. Dann könnten wir es mit gutem Willen möglicherweise noch knapp schaffen, unsere Vorlage zuhanden der Volksabstimmung vom 19. Mai 2009 zu verabschieden, und somit hätten wir eine gesetzliche Grundlage zur Weiterführung der drei TAGS-Schulen. Die flächendeckende Einführung könnte dann stufenweise an die Hand genommen werden. Ich persönlich wäre dankbar gewesen, wenn wir die Vorlage hätten zu Ende beraten können, um dann den Entscheid des Kantonsrats und allenfalls der Volksabstimmung, die vermutlich am 8. Februar 2009 stattfinden wird, abzuwarten. Bei einem positiven Entscheid könnten wir das ganze Geschäft ad acta legen, ansonsten müssten wir mit Hochdruck die Arbeit aufnehmen. Eine Sistierung verknappt uns notfalls die Zeit. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Ich habe in meinem einleitenden Votum ganz klar zum Ausdruck gebracht - und dazu stehe ich, Urs FÜRER hat dies sicher auch gehört - dass unsere Fraktion klar hinter der Einführung geleiteter Schulen steht. Das ist der richtige Weg; die Schulen brauchen mehr Autonomie und die positiven Auswirkungen habe ich ebenfalls bereits zur Genüge dargelegt. Peter Neukomm stellte fest, dass wir um des Kaisers Bart streiten, es könnte aber auch um des Teufels Bart sein. Welcher Bart es auch immer sei, möchte ich folgenden Ratschlag an zukünftige SPK abgeben: Wenn der Kommissionspräsident eine Terminumfrage gemacht und Mitte Oktober die nächste Sitzung angesagt hätte, wäre eine ausführliche Diskussion über das Eintreten möglich gewesen und im November nach einer weiteren Sitzung alles klar geregelt worden. Wir hätten deshalb heute nicht Dreiviertelstunden über das Vorgehen debattieren müssen.

Ich erwarte, dass die SPK bis zur absehbaren Verabschiedung im Kantonsrat ihre Arbeit sofort aufnimmt und je nach Situation und in Absprache mit dem Schulreferenten allenfalls entsprechende ergänzende Vorlagen für den worst case vorbereitet, damit in der Stadt Schaffhausen kein Rückschritt notwendig wird, sondern wir unsere städtischen Schulen gemeinsam mit dem Kanton in die geplante Zukunft führen können. "

Christa Flückiger (SP)

Votum

"Ich wünsche mir, dass Sie sich die ganze Sache einmal in Bezug auf unsere privaten und geschäftlichen Aktionen in unserem Leben hervorheben. Konkret: Wenn wir vor grossen Herausforderungen, Plänen und Umsetzungen stehen, sei dies wie bereits erwähnt im Privat- oder Geschäftsleben, versuchen wir dort, wo immer

möglich, zukunftsorientiert zu organisieren und zu planen, das heisst wir erledigen im Vorfeld alles, was uns möglich ist. Wir wollen nicht Gefahr laufen, plötzlich vor einem Berg zu stehen, dessen Spitze wir nicht mehr sehen. Und so meine ich, würde es uns ergehen, wenn wir die Sache mit den geleiteten Schulen nicht jetzt und sofort anpacken.

Im Hinblick auf das in Kraft tretende neue Schulgesetz werden wir mit Auflagen konfrontiert, deren Umsetzung eine seriöse Planung verlangt. Rüsten wir uns jetzt schon auf die Dinge, die da kommen. Zeigen wir Mut für etwas, was schon längst hätte getan werden müssen.

Geld sollte in diesem Moment keine Rolle spielen, laufende Versuche dürfen nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden. Eine gute Ehe wird auch nicht einfach so geschieden.

Daher möchte ich Sie dringend bitten, sich für die Vorlage einzusetzen und der SPK den Auftrag zu erteilen, sich zum Wohle der Schulen, dem Standort Stadt Schaffhausen und für die Familien zu entscheiden

Und zu Gädi Distel möchte ich noch gerne sagen: Die CVP - als bekennende Familienpartei - enttäuscht in ihrer Stellungnahme und Positionierung zu unseren Schulen. "

Ernst Spengler (SVP)

Votum

"Meine Damen und Herren, die Meinungen sind gemacht, wir können noch 20 Rednerinnen und Redner anhören, es werden keine neuen Erkenntnisse und Argumente vorgebracht. Ich stelle Antrag auf Abbruch der Diskussion und Abstimmung. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich stelle den Gegenantrag und bin gegen eine vorzeitige Abstimmung. Für mich wäre eine solche Abstimmung tatsächlich vorzeitig, da für mich im Moment begründete Argumente von beiden Seiten im Raum stehen. Ich verstehe Ernst Spengler nicht, dass er davon ausgeht, die Meinungen seien gemacht. Ich bin wohl nicht die einzige, die zurzeit nicht weiss, was sie stimmen soll. Ich habe ein Defizit bezüglich juristischer Grundlagen, bis wann muss die Entscheidung vorliegen und was passiert, wenn wir diesen nicht haben. Es gibt sehr viele offene Fragen. und ich wäre froh, wenn die Diskussion weiter geführt wird. "

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Ernst Spengler (SVP) gestellten Antrag auf Abbruch der Diskussion mit **22 : 13 Stimmen** ab.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"SR Urs Hunziker hat bereits erwähnt, die geleiteten Schulen seien nicht gratis. Regierungsrätin Rosmarie Widmer-Gysel hat dies bereits einmal ausgerechnet und festgestellt, dass die Stadt mit dem neuen Schulgesetz finanziell besser fahren werde. Die Situation der Stadt wird sich also verbessern. Diese Tatsache sollte man sich auch vor Augen halten. Ich bin für sistieren und möchte folgenden

Eventualantrag stellen, das heisst den von der SPK gewünschten Antrag wie folgt ergänzen: *„Das Geschäft ist so lange zu sistieren, bis der Kantonsrat die Vorlage zur Schaffung eines Bildungsgesetzes und eines neuen Schulgesetzes abschliessend behandelt hat, beziehungsweise bis die allfällige Volksabstimmung durchgeführt wurde.“*

Es macht keinen Sinn, wenn wir nach den Beratungen im Kantonsrat die Thematik wieder aufnehmen, weil wahrscheinlich das Volk das letzte Wort haben wird. Ich gehe nicht davon aus, dass wir im Kantonsrat eine Vierfünftelmehrheit erreichen werden, und dann sind wir wieder so klug wie zuvor. Ich finde dieses Vorgehen ist eine faire Behandlung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche en connaissance de cause wissen müssen, wie es weiter geht. Es ist etwas anderes, wenn wir jetzt Ja zu geleiteten Schulen sagen, in der Hoffnung, dass diese im Kanton beschlossen werden oder ob wir einen Alleingang machen. Das Stimmvolk muss darüber klar informiert sein.

Die TAGS-Schulen und die geleiteten Schulen wie im neuen Schulgesetz vorgesehen, sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Rainer Schmidig hat diesen Unterschied in seinem Votum sehr schön dargelegt. Auch die Kompetenzen und Aufgaben der Schulbehörden verändern sich.

Ich bitte Sie die Vorlage im Sinne des oben erwähnten Zusatzes zu sistieren. Erst dann sollte das Thema wieder behandelt werden. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

Votum

„Anfangs 2008 wurde die Diskussion über meine Interpellation zur zukünftigen Schulpolitik der Stadt Schaffhausen geführt. Damals hatten sich zwei Votanten gemeldet; Sie sehen, wie schnell sich das Blatt wenden kann. Mir ging es primär darum, die drei TAGS-Schulen auf einen Weg zu führen, der auch deren Weiterbestand garantiert, wenn die Volksabstimmung bis dann noch nicht stattgefunden hat oder negativ ausfällt.

Ich wünschte mir vom Kantonsrat - und ich bin überzeugt, dass Sie mich darin unterstützen - dass nicht drei Sitzungen für ein Hundegesetz abgehalten werden und gleichzeitig das Schulgesetz weit nach hinten geschoben wird.

Ich sage dies heute in aller Öffentlichkeit - und es ist auch ein Wunsch seitens des Stadtparlaments, obwohl ich weiss, dass wir hier keine Wünsche anzubringen haben - dass ich mir wirklich wünsche, dass die Debatte bezüglich Hundegesetz so lange nach hinten geschoben wird, bis das Schulgesetz abschliessend beraten ist.

Ich habe heute über eine Vorlage abzustimmen, die entweder sistiert werden kann, wahrscheinlich bis November, oder die an die SPK zur Vereinbarung eines nächsten Termins zurückzuweisen ist. Meine Frage lautet nun, welches sind die budgetrelevanten Auswirkungen für 2009. Die TAGS-Schulen werden längstens Ende des nächsten Schuljahrs enden; es muss also eine Lösung erarbeitet werden, auch wenn allenfalls eine separate Vorlage nötig wird. “

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

„Wir führen jetzt eine Eintretensdebatte, und dies wollten wir eigentlich in der SPK nicht. Ich erinnere Sie daran, was SR Urs Hunziker gesagt hat: Wenn das kantonale

Schulgesetz angenommen wird, brauchen wir diese Vorlage nicht. Wenn das zutrifft, dann ist es logisch, dass wir diese Vorlage sistieren, bis der Kantonsrat dieses Gesetz fertig beraten hat. Ich kann Ihnen sagen, dass es ein schlechtes Signal an unsere Lehrkräfte ist, dass sie sich für das Schulgesetz gar nicht einsetzen müssen, da wir ja sowieso alles selbst machen und entweder kantonale oder auf Gemeindeebene regeln werden.

Wir wollen, dass sich sämtliche Lehrkräfte für dieses Schulgesetz - und ich kann Ihnen versprechen, es ist ein gutes Gesetz - einsetzen, damit es an der Volksabstimmung angenommen wird. Alles, was sich unsere Lehrkräfte wünschen, werden wir mit diesem Gesetz in Zukunft haben. Es ist Ziel eines modernen Bildungswesens, auf kantonaler Ebene Regelungen zu treffen. Wie von Rainer Schmidig erwähnt, verfügen unsere bisherigen geleiteten Schulen noch nicht über die vom Kanton in Zukunft gewünschten Strukturen. Darum plädiere ich für eine Weiterführung der TAGS-Schulen und auch dafür, dass wir die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, aber das Schulgesetz abwarten. Es kommt mir zurzeit vor, wie wenn wir die Feuerwehr zuerst rufen und dann das Haus anzünden, anstatt umgekehrt. Wir müssen uns gemeinsam für das Schulgesetz einsetzen. Bei einem allfälligen Scheitern vor dem Volk, bin ich der erste, der sich für eine Vorlage einsetzen wird. Das ist der richtige Weg. Das Volk soll über das Schulgesetz entscheiden. “

Urs Tanner (SP)**Stellungnahme SPK-Präsident**

”Ich möchte betreffend Antrag von Dr. Cornelia Stamm Hurter Folgendes bemerken:

Die Fakten sind schon genug kompliziert, ich bitte Sie deshalb, beim Mehrheitsantrag der SPK zu bleiben, der eine Sistierung wahrscheinlich - wie das Amen in der Kirche - bis in den Monat Oktober vorsieht und diskutieren Sie über diesen Antrag. “

Martin Egger (FDP)**Votum**

”Wenn der Hühnerstall von Fredy Tappolet brennt, ist er wohl auch froh, wenn nicht zuerst eine Feuerwehr aufgebaut werden muss, bevor das Feuer gelöscht werden kann.

Wir sind alle für geleitete Schulen - dies kann aus der heute Abend geführten Diskussion entnommen werden. Für mich ist noch unklar, welche Kosten für die Stadt entstehen; kostet es die Stadt mehr, weniger oder gar nichts, wenn das Schulgesetz durchkommt.

Wenn doch alle dafür sind, können wir auch getrost die Beratungen fortsetzen. Wenn die Volksabstimmung abgelehnt würde, müssten wir bei diesem Punkt wieder beginnen, unabhängig von allfälligen Kosten; aber wir haben ein klares Bekenntnis abgelegt. Auch mir bereiten die Kosten Sorgen, aber entgegen Christoph Schlatter, der ein Loblied auf den Stadtrat wegen seinem Einverständnis zur Weiterführung der Trolleybusses gesungen hat, möchte ich das dort eingesparte Geld in die Bildung investieren.

Ich bekenne mich für einen starken Bildungsstandort und könnte mir die Finanzierung durchaus so vorstellen. “

Christoph Schlatter (SP)**Votum**

”Den ersten Teil der Aussage von Martin Egger fand ich sehr sympathisch. Seit rund 45 Minuten höre ich nur Argumente, welche für die geleiteten Schulen sprechen, aus allen Fraktionen werden die Vorteile hervorgehoben und alle bekunden ihr Wohlwollen geleiteten Schulen gegenüber, viele pädagogische Argumente werden ins Feld geführt und etliche Studien zitiert.

Es gibt nur ein einziges Argument, was während der erwähnten 45 Minuten dagegen spricht, nämlich das Geld. Wenn wir uns *alle* in der Sache einig sind, geleitete Schulen sind gut, notwendig und sollten flächendeckend eingeführt werden, weshalb machen wir es dann nicht?

Ich habe das Gefühl, es geht darum, uns prophylaktisch hinter einem möglichen Volksentscheid, der negativ ausfallen könnte - was ich nicht glaube, denn das Volk sieht es ebenfalls wie die Mehrheit hier im Rat - zu verschanzen. Ich fürchte mich nicht vor einem Volksentscheid.

Stehen wir zu dem, was uns wichtig ist. Es ist schrecklich, wenn wir nur davon sprechen und dann den Schwanz einziehen. Wäre ich Gast auf der Tribüne, würde ich denken, alle sprechen sich für die geleiteten Schulen aus, aber schlussendlich tun wir es doch nicht; das wirkt sehr unglaubwürdig. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

”Dr. Cornelia Stamm Hurter hat eine Verbesserung der Stadt mit dem neuen Schulgesetz erwähnt. Dies deckt sich mit der Aussage, die ich bezüglich Schülerpauschale habe, wo wir mutmasslich besser fahren werden. Es ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass das neue Schulgesetz über den ganzen Kanton gesehen, Kosten verursacht. Sie alle wissen, dass auch die Steuerzahlenden der Stadt ungefähr die Hälfte an die Steuereinnahmen des Kantons beisteuern. In diesem Kontext sind meine Ausführungen zu sehen.

Ich persönlich würde es begrüßen, wenn wir den Abschluss der Verhandlungen im Kantonsrat beibehalten. Sollte es für eine Volksabstimmung über das Schulgesetz zum ersten Abstimmungstermin am 08.02.09 reichen, kämen wir mit den Arbeiten zu unserer Vorlage relativ spät, zumal wir im Negativfall in der Stadt eine Volksabstimmung durchführen müssen.

Zur von Martin Roost gestellten Frage nach der Budgetrelevanz kann ich informieren, dass solche Vorlagen usanzgemäss keinen Niederschlag im Budget finden, solange sie nicht vom Grossen Stadtrat oder in einer Volksabstimmung bestätigt sind. Die Mehrkosten gegenüber dem Ist-Zustand für das Jahr 2009 belaufen sich auf Fr.500'000.--. Die Angaben zu den Gesamtfinanzen ersehen Sie aus der Vorlage; es wird unterschieden zwischen Kosten ohne neues Schulgesetz und wie hohe Mehrkosten gegenüber dem Ist-Zustand entstehen, wenn das neue Schulgesetz in Kraft gesetzt wird.

Interessant empfinde ich die Tatsache, dass wir heute Abend nur über den einen Teil der Vorlage gesprochen haben; die Vorlage beinhaltet aber auch die längst fällige Strukturreform, die nicht zuletzt aufgrund einer Motion von Kollege Dr. Raphaël Rohner entstanden ist. Die Vorlage gibt auch Auskunft darüber, was mit dem Stadtschulrat passieren soll. Dort haben wir eine finanzielle Entlastung vorgesehen, da gewisse Aufgaben an die Schulleitungen delegiert werden können. “

Urs Fürer (SP)

Votum

"Eigentlich hat mich Fredy Tappolet dazu bewogen, nochmals ans Rednerpult zu treten.

Zum Votum von SR Urs Hunziker möchte ich hinzufügen, dass wir heute Abend die Vorlage keineswegs inhaltlich besprochen haben; wir haben nur die Sistierung gesprochen. Lassen Sie die SPK diese Vorlage ausführlich diskutieren und geben Sie der SPK einen klaren Auftrag dafür.

Zurück zu den Aussagen von Fredy Tappolet: Wenn es brennt, sind wir froh, dass wir nicht erst noch Leute rekrutieren müssen, sondern bereit sind und sofort handeln können. Wir ziehen die Vorlage gerne zurück, wenn das Schulgesetz im Kantonsrat oder - wie von Dr. Cornelia Stamm Hurter verlangt - in der Volksabstimmung verabschiedet wurde; aber wir müssen die Vorlage soweit beraten haben, wenn das Schlimmste eintritt, nämlich, wenn das Schulgesetz abgelehnt wird. "

Roland Schöttle (parteilos)

Votum

"Bei diesem Wirrwarr von verschiedenen Meinungen, aber dem einheitlichen Tenor, dass alle für die geleiteten Schulen sind, überzeugen mich das Anliegen und die Sorge von SR Urs Hunziker, dass wir es uns in der Stadt wahrscheinlich schlecht leisten können, möglicherweise zwischen Stuhl und Bank zu fallen. Hier ist als Fazit dieser Diskussion für mich eine Parallelarbeit Grosser Stadtrat - Kantonsrat erforderlich, wenn wir in der Stadt - im schlechtesten Fall - nicht im Not geraten wollen. Ich lehne diesen Antrag ab und empfehle Ihnen das gleiche zu tun. Ich appelliere an den SPK-Präsidenten die Beratungen zügig voranzutreiben, dass sie noch in der laufenden Amtsperiode abgeschlossen werden können. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) zieht auf Befragen des Ratspräsidenten Thomas Hauser (FDP) ihren Antrag zurück.

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der Spezialkommission "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" vom 21.08.08 mit **24 : 22 Stimmen** ab.

Die SPK wird die Vorberatung der VdSR "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" vom 12./18. März 2008 fortführen.

Urs Tanner (SP), SPK-Präsident, teilt mit, dass - wenn immer möglich - bereits im Oktober, beziehungsweise November 2008 ein weiterer Sitzungstermin vereinbart und bekannt gegeben wird.

Traktandum 3 Motion Katrin Hauser-Lauber (FDP): Eltern/Kind-Kurs vor dem Kindergarteneintritt**Katrin Hauser-Lauber (FDP)****Begründung Motion**

„Meine Motionserklärung beginne ich mit einem Beispiel, das die Wichtigkeit einer guten Förderung aller Kinder schon vor dem Kindergarteneintritt hervorhebt.

Nach den letzten Sportferien wurde eine Kindergartenklasse im Breitequartier aufgeteilt, da fast alle Kinder vom ersten Kindergartenjahr wegen ihren Entwicklungsrückständen und den fehlenden Grundfertigkeiten und Deutschkenntnissen viel zu wenig gefördert werden konnten. Die Kindergärtnerin unterrichtete deshalb während einem Semester eine sehr kleine Klasse, die nur elf Kinder umfasste. Zehn dieser elf Kinder benötigten für fast alle Tätigkeiten im Kindergarten eine persönliche Begleitung, um die ihnen gestellten Aufgaben ausführen zu können. Die Kindergärtnerin musste deshalb auch in dieser kleinen Klasse zusätzlich von einer Heilpädagogin und von der Deutschlehrerin unterstützt werden. Die Kindergartenlehrpersonen arbeiteten neben der Sprachvermittlung ganz gezielt am Aufbau einer freudvollen Arbeitshaltung, an der Sorgfalt beim Spielen und Arbeiten, am Aufbau verschiedener Spielformen, am Einhalten von Regeln und an den sozialen Umgangsformen.

Die Kindergärtnerin teilte mir schriftlich Folgendes mit, ich darf dies hier zitieren: *„Ich hoffe, dass die Kinder ihre zum Teil gravierenden Entwicklungsrückstände, ihre Konzentrationsschwierigkeiten und Wissensdefizite bis zu den Sommerferien so weit aufholen können, dass es ihnen möglich sein wird, sich im zweiten Kindergartenjahr auch in der grösseren Gruppe selbständiger am Lerngeschehen und an den Spielprozessen zu beteiligen.“*

Diese elf Kinder sind heute im zweiten Kindergartenjahr und konnten dank der Klassenaufteilung grosse Fortschritte machen.

Die Zahl der Kinder, die mit Entwicklungsrückständen und mit fehlenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten, ist steigend. Das bestätigt die grosse Anzahl von Abklärungen, die durch den schulischen Abklärungs- und Beratungsdienst (SAB) durchgeführt wurden. Über 15% aller Kindergartenkinder im Schulübertrittsalter konnten dieses Jahr nicht in eine erste Regelklasse angemeldet werden.

Um diese hohen Prozentzahlen zu verringern, kann im Kindergarten mit der Senkung der Schülerzahl pro Klasse, mit der individuellen Förderung im Unterricht sowie mit dem Angebot des Teamteaching-Unterrichts reagiert werden, damit die Defizite bei den einzelnen Kindern aufgeholt werden können. Diese Massnahmen sind jedoch mit einem hohen Aufwand verbunden.

Eine frühe Förderung, in der die Eltern miteinbezogen werden, wäre besonders wirkungsvoll und mit einem verhältnismässig kleinen Aufwand verbunden.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die geistige Leistungsfähigkeit von kleineren Kindern bisher stark unterschätzt wurde. Die Kinder brauchen eine anregende Lernumwelt im Elternhaus.

Wir alle wissen aus eigener Erfahrung oder aus dem eigenen Umfeld, dass viele Eltern diese Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen. Es gibt aber auch Eltern,

die mit dieser Aufgabe überfordert sind. Mangelnde Sprachkenntnisse oder eine fehlende Integration in unsere Kultur können Gründe dafür sein.

Es muss unser aller Bestreben sein, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder zu Beginn der Kindergartenzeit nicht immer weiter auseinanderklaffen.

Eine Frühförderung im Sinne der Motion soll ein Bildungsangebot für Eltern mit ihren Kindern sein, damit unsere Sprache und unsere sozialen Umgangsformen gefestigt und geübt werden können. Nach der Kindergartenanmeldung bis zum Kindergarteneintritt sollte somit während einem begrenzten Zeitraum ein Eltern/Kind-Kurs angeboten werden.

Es sollte auch möglich sein, dass einzelne Eltern mit ihren Kindern für eine Kursteilnahme verpflichtet werden können. Die Kurskosten müssten deshalb nicht vollumfänglich, aber grösstenteils von der öffentlichen Hand übernommen werden. Ein Obligatorium wäre wichtig, weil besonders bedürftige Familien sonst nur schlecht erreichbar wären.

Im Zusammenhang mit den Kurskosten möchte ich erwähnen, dass die heute praktizierten Massnahmen mit kleineren Klassengrössen und mit Zusatzpensen der Heilpädagogin und der Deutschlehrerin am Kindergarten teure Massnahmen sind. Mit einer Frühförderung verspreche ich mir eine Kosteneinsparung der Fördermassnahmen während der obligatorischen Kindergartenzeit. Gleichzeitig werden die Eltern mit der Kindergartenanmeldung in ihre Pflichten eingebunden.

Die Investitionen für eine Frühförderung sind erheblich effektiver und effizienter als kompensatorische Massnahmen während oder sogar nach der Schulzeit (vergleiche Müller Kucera & Bauer, 2001; Lanfranchi, 2002; OECD, 2006).

Zum Schluss möchte ich noch einmal erwähnen, dass ich für eine gute Förderung im Kindergarten für alle Kinder spreche. Die grosse Mehrheit der Kinder, die mit ihren Eltern keinen Vorkurs benötigen, würden im Kindergartenalltag ebenfalls profitieren können.

Ich hoffe auf eine breite Unterstützung für mein Anliegen und bin gespannt auf eine konstruktive Diskussion. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme Stadtrat

"Frühkindliche Bildung ist ein Thema, welches derzeit in der ganzen Schweiz auf verschiedensten Ebenen diskutiert wird. In vielen Gemeinden liegen Vorstösse auf dem Tisch. So arbeitet beispielsweise der Kanton Basel Stadt intensiv am Projekt "Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten".

Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen sollen dazu verpflichtet werden, während eines Jahres zweimal wöchentlich eine Sprachspielgruppe zu besuchen. Um diese Kinder bestimmen zu können, wird das Anmeldeverfahren für den Kindergarten um ein Jahr vorgezogen und beinhaltet auch die Erfassung der Deutschkenntnisse. Sprachförderungsprojekte in Spielgruppen auf freiwilliger Basis wurden auch in den Kantonen Zürich und St. Gallen lanciert.

Angebote für frühkindliche Bildung ausserhalb der Familie gibt es auch in der Stadt Schaffhausen. Obwohl der Fokus der städtischen Kinderkrippen auf der Betreuung

liegt und die Angebote auch hauptsächlich deswegen wahrgenommen werden, übernehmen sie eine wichtige Funktion bei der Vorbereitung auf den Kindergarten. In den abwechslungsreichen Lernumgebungen trainieren die Kinder ihre Sinnesorgane und das Zusammenleben in der Gruppe fördert die Sozialkompetenzen.

Neben diesem durch die Stadt subventionierten Angebot von Kinderkrippen, kommt den vorwiegend auf privater Basis funktionierenden Spielgruppen grosse Bedeutung zu. Sie leisten ebenfalls einen wertvollen Beitrag zur Frühförderung. Seit einiger Zeit existieren in den Quartieren Birch und Herblingen (ab August auch im Hauental) so genannte Sprach-Spielgruppen. Auf Sprachförderung und Integration von fremdsprachigen, sozial und finanziell benachteiligten Kindern im Vorschulbereich wird hier besonders grossen Wert gelegt.

Obwohl die Stadt, private Institutionen und nicht zuletzt die Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen der Volksschule bereits heute grosse Anstrengungen unternehmen, gelingt es derzeit offenbar nicht, die herkunftsbedingten Defizite wirksam zu kompensieren. Kinder aus sozial benachteiligten, bildungsfernen oder fremdsprachigen Familien erbringen im Durchschnitt schwächere Schulleistungen als Kinder aus bildungsnahen und deutschsprachigen Familien.

In der letzten Zeit treten immer häufiger Kinder in den Kindergarten ein, welche Defizite in der Grob- und Feinmotorik aufweisen. So verzeichnen wir eine deutliche Zunahme von Meldungen an den Stadtschulrat über Kinder, welche kaum Treppen steigen oder rückwärts gehen können; von einem einfachen "Purzelbaum" ganz zu schweigen.

Das grösste Problem stellen aber die Deutschkenntnisse dar. In der Stadt Schaffhausen stieg der Anteil der Kinder, welche im Kindergarten zusätzlichen Deutschunterricht erhielten, im Verlauf der letzten Jahre deutlich an. Während es im Schuljahr 2000/01 etwa 31% waren, benötigten im vergangenen Schuljahr 2007/08 über 43% der Kinder zusätzlichen Deutschunterricht (DaZ).

Auch auf den nachfolgenden Stufen benötigen viele Kinder weitere Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache. Insgesamt waren in der Stadt auf Stufe Kindergarten und Volksschule im Schuljahr 2007/08 25 Lehrpersonen mit Total 647 Stellenprozenten damit beauftragt, zusätzlichen Deutschunterricht zu erteilen. Die Kosten hierfür tragen Kanton und Stadt, wie bei allen Volksschullehrpersonen, gemeinsam.

Wie die Motionärinnen und Motionäre richtigerweise feststellen, ist die Zahl der Kinder, welche einer Einschulungs- statt einer Regelklasse zugewiesen werden, in den letzten Jahren ebenfalls ständig gestiegen. 1991 noch bei 7,5% liegend, stieg der Anteil der EK-Schülerinnen und -Schüler bis heute auf 15,4%. Selbst mit einem 10%-Anteil würden wir noch deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt liegen.

Über die Gründe für die steigenden Zuweisungszahlen an die Einschulungsklassen lassen sich nur Mutmassungen anstellen. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass ein Zusammenhang zwischen den Sprach- und Sozialkompetenzen und der Zuweisungsquote besteht.

Der Stadtschulrat beabsichtigt deshalb, nach Möglichkeit zusammen mit dem Erziehungsdepartement, eine Untersuchung zu lancieren, welche die Gründe für den Anstieg aufzeigen soll. Obwohl sich diese Zunahme vermutlich nicht durch eine

einzelne Ursache begründen lässt, ist der Stadtrat der Meinung, dass mit bedarfsgerechter frühkindlicher Bildung ein wertvoller Beitrag zur Chancengleichheit geleistet und dadurch die Quote von Kindern, welche den Regelklassenansprüchen zu genügen vermögen, wieder erhöht werden kann. Aus Sicht der Wissenschaft wird Frühförderung von allen Seiten klar empfohlen, so auch von der OECD.

Der Stadtrat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre und empfiehlt, die Motion Hauser betreffend "Eltern/Kind - Kurs vor dem Kindergarteneintritt" *unter Vorbehalt* erheblich zu erklären. Dieser Vorbehalt betrifft die geplante Untersuchung zu den Gründen für die überdurchschnittliche Zahl von Kindern, die einer Einschulungsklasse zugewiesen werden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Ergebnisse abgewartet und bei der Umsetzung der Motion berücksichtigt werden müssen.

Aussagen zu den Umsetzungsmodalitäten sind derzeit noch nicht möglich. Der Stadtrat schlägt vor, dass eine Gruppe von Fachpersonen aus dem Bereich Frühförderung und Bildung unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Gemeinden eine Vorlage zuhanden des Grossen Stadtrates erstellt. Die daraus resultierenden Massnahmenvorschläge könnten auf eine noch zu definierende Versuchszeit beschränkt sein.

Eine sorgfältige Evaluation müsste erweisen, dass sich mit frühkindlicher Förderung tatsächlich ein Rückgang bei den Einschulungsklassenkindern erzielen liesse.

Wenn es gelänge, den Anteil von derzeit gut 15% wenigstens auf 10% zu reduzieren, würden damit Einsparungen von mindestens Fr. 100'000.-- erzielt - dies gegenüber einem geschätzten Aufwand von Fr. 36'000.--. Mit diesem Betrag könnte - gemäss dem Modell des Kantons Baselland - an zwei Vormittagen frühkindliche Förderung in den Quartieren Birch/Breite und Geissberg-Hochstrasse sowie Herblingen finanziert werden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton wäre erstrebenswert, zumal sich die Vorsteherin des Erziehungsdepartementes anlässlich einer Tagung vom 21. Mai 2008 klar für frühkindliche Bildung aussprach. Die Modellrechnung wurde für die am stärksten belasteten Quartiere gemacht.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit Investitionen in eine gezielte und professionelle Frühförderung ein Beitrag zur Chancengleichheit für alle Kinder geleistet werden kann.

Langfristig geht er davon aus, dass ein solches Angebot einen Rückgang bei den kostenintensiven individuellen Stütz- und Förderangeboten während der regulären Schulzeit bewirkt und durch eine verbesserte Integration auch Frustration und Jugendgewalt reduziert werden können. "

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Der rasche gesellschaftliche Wandel, die schier unglaubliche Dynamik in Technologie und Kommunikation verlangen von den zum Teil überforderten Eltern, den Schulen und der ganzen Gesellschaft laufend neue Antworten. Wo sich die Schule zur Erreichung von Chancengleichheit und hohen Bildungszielen eine möglichst ausgeglichene und einheitliche Kinderschar wünscht, produziert der gesellschaftliche Wandel im Gegenteil eine zunehmende Vielfalt.

Dies zeigt sich - wir haben es gehört - spätestens beim Eintritt in den Kindergarten.

Die Spannweite der Startbedingungen der Kinder hat sich stark ausgeweitet. Zu den seit jeher erschwerenden Ausgangslagen wie Bildungsferne, Armut und Fremdsprachigkeit kommen der legitime Anspruch auf ein neues Rollenverständnis und die damit verbundenen Veränderungen in Familie und Erziehung dazu.

Wissenschaft und Praxis zeigen, dass insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien gehäuft Entwicklungsrückstände aufweisen, was ihre Startchancen in der Schule und die spätere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefährdet. Bei fremdsprachigen Kindern können diese Defizite aufgrund fehlender sprachlicher Kompetenzen noch verstärkt werden. Erfolgreiche Bildungskarrieren von fremdsprachigen Kindern ohne vorschulische Deutschkenntnisse, aber mit gut entwickelten muttersprachlichen Fähigkeiten belegen jedoch, dass fehlende Deutschkenntnisse allein als Erklärung zu kurz greifen.

Die wirtschaftliche und demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte führte zu Entmischungstendenzen mit dem Resultat, dass Kinder mit erschwerten Startbedingungen an einzelnen Kindergärten und Schulen stark gehäuft auftreten, was die weitere Entwicklung vor allem der Schwächeren in den entscheidenden Anfangsjahren stark beeinträchtigt.

Mit dem heutigen Schulsystem werden diese Kinder in Sonderklassen zusammengeführt und damit quasi auf tiefem Niveau homogenisiert. Auf Schulstufe soll dieser Situation mit der integrativen Schulform in naher Zukunft begegnet werden. Bleibt die wichtige Zeit vor der Schule, vor dem Kindergarten.

Die von der Motionärin beschriebene Situation ist schweizweit und auch in den Nachbarländern seit einigen Jahren erkennbar. Der Kanton Schaffhausen macht hier keine Ausnahme, wie die Hilferufe von Lehrpersonen aus besonders belasteten Kindergärten zeigen.

In etlichen Schweizer Kantonen und Gemeinden wird diese Problematik vehement angegangen. Auch im Kanton Schaffhausen haben sich vor gut einem Jahr zahlreiche Fachpersonen in einer Arbeitsgruppe zum Thema Frühförderung zusammengefunden. Ziel der Gruppe ist es, die Problematik auch in Schaffhausen aktiv anzugehen und nicht mehr zuzuwarten bis schwierige Situationen nach Notfallübungen rufen.

An einer Tagung, die am 21. Mai 2008 unter dem Titel "Bildungschancen für alle! Dank Investitionen im Vorschulbereich" in Schaffhausen stattgefunden hat, haben 150 Personen teilgenommen. Dabei wurde klar, dass eine Annäherung an höhere Chancengerechtigkeit ohne frühe Förderung nicht denkbar ist, weil die entscheidenden Weichen für den Schulerfolg bereits in den ersten vier Lebensjahren gestellt werden. Zentral ist die Frage, wie kommt die Förderung zum Kind oder wie kommt das Kind zur Förderung.

Zur Motion möchte ich folgende konkrete Bemerkungen anfügen:

Die Motion unterscheidet fremdsprachige Kinder von jenen Kindern, welche die hiesige Landessprache sprechen. Da es auch Schweizer Kinder mit verschiedenen, unter anderem auch sprachlichen Entwicklungsrückständen gibt, ist eine Unterscheidung von bildungsfernen und -nahen Kindern, beziehungsweise die Fokussierung auf Kinder aus sozial benachteiligten Familien vorzuziehen. Bildungsdefizite alleine auf mangelnde Deutschkenntnisse zurückzuführen, wäre -

wie schon erwähnt - zu kurz gegriffen.

Die Motion spricht von Einführungskursen. Was immer damit gemeint ist, so ist kaum davon auszugehen, dass damit die beschriebenen Ungleichheiten behoben werden können. Was es braucht ist ein zielgruppengerechtes vielseitiges Angebot von Spielgruppen und Tagesstrukturen, kombiniert mit Sprachförderung und aufsuchender Elternbildung. Die Stadt Bern und andere Gemeinden leisten in diesem Bereich bereits vorzügliche Arbeit. Schaffhausen kann davon viel profitieren.

Die Motion verlangt, dass die Einführungskurse von Lehrpersonen, die für die Kindergarten-, beziehungsweise die Vorschulstufe ausgebildet werden, geführt werden. Dem liegt meines Erachtens eine Fehlüberlegung zu Grunde, nämlich die Idee, dass die Lehrpersonen der jeweiligen Stufe am besten wüssten, wie die Kinder der davon liegenden Stufe zu unterrichten seien, weil sie ja die Anforderungen kennen. Da es nun aber niemandem in den Sinn käme für den Unterricht in der Mittelstufe eine Ausbildung auf der Oberstufe zu verlangen, ist es auch klar, dass es für die Zeit vor dem Kindergarten spezifische pädagogische Anforderungen und Konzepte braucht, das heisst, dass die Lehrpersonen der frühen Förderung von Kindern genau für die entsprechende Altersgruppe ausgebildet sein müssen.

Mit der Erwähnung eines adäquaten Zuweisungsverfahrens spielt die Motion auf die in Basel postulierte Zwangszuweisung fremdsprachiger Kinder an. Eine obligatorische Zuweisung - etwa in Sprachspielgruppen - würde zu einem Eingriff in die Elternrecht führen. Ob dies sinnvoll ist, scheint fraglich. Die Erfahrung mit dem Besuch von Deutschkursen für Erwachsene zeigt, dass ein sinnvolles, den Bedürfnissen der Betroffenen angepasstes und vor allem finanzierbares Angebot eine Verbindlichkeit fördert. Der niedrige Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien in den gegenwärtigen Spielgruppenangeboten hat diverse Gründe. Dazu gehört neben den Kosten und dem fehlenden Verständnis für den Sinn des Spielgruppenbesuches vor allem die Problematik der Erreichbarkeit. Bildungsferne Menschen sind mit den üblichen Mitteln schwer zu erreichen. So werden Flugblätter schlecht aufgenommen, da sie nicht gelesen, nicht verstanden oder nicht richtig beantwortet werden können. Um die wesentlichen Zielgruppen besser zu erreichen, sind demnach angepasste Massnahmen zu entwickeln.

Nun kann ich Ihnen mitteilen, dass die **SP/AL-Fraktion** die Motion trotz diesen inhaltlichen Einwänden unterstützen wird. Wir bitten die Motionärin oder schlagen ihr vor, den Titel der Motion wie folgt abzuändern: Statt Eltern/Kind-Kurs vor dem Kindergarteneintritt - *Frühe Förderung vor dem Kindergarteneintritt*.

Damit würde dem Wunsch des Stadtrates Folge geleistet, dass er seine Untersuchung offen durchführen kann, und man könnte die Motion nicht unter Vorbehalt, sondern so, wie sie ist, überweisen. Davon erhoffen wir uns, dass der Stadtrat die Bedürfnisse und Lösungsmöglichkeiten ohne unnötige Einschränkung auf genau ein Element abklären und dem Grossen Stadtrat einen ausgewogenen Vorschlag unterbreiten kann; ganz so, wie das der Motionstext an sich vorsieht.

Den Stadtrat möchte ich zudem dazu einladen, in dieser Frage mit der Erziehungsdirektion und der bestehenden Arbeitsgruppe Frühförderung zusammenzuarbeiten. Regierungsrätin Rosmarie Widmer-Gysel hat an der Tagung vom 21. Mai 2008 Interesse und Bereitschaft zur Zusammenarbeit deutlich signalisiert. Das Anliegen ist nicht nur ein städtisches, sondern ein kantonales.

Abschliessend hoffe ich, der Rat wird diese Motion mit grosser Zustimmung unterstützen, denn eines ist klar: Die Kinder sind unsere Zukunft, und wir können es uns langfristig nicht leisten, das grosse schlummernde Potenzial eines Teils von ihnen nicht zu wecken. “

Paul Dill (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”In der parlamentarischen Debatte um die Vorlage des Stadtrates „Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen“ im Grossen Stadtrat vom 6. Mai 2008 haben wir uns bereits ausführlich mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Unsere Fraktion hatte grundsätzlich nichts gegen die Quartierarbeit. Wir haben uns aber bereits damals die Frage gestellt, ob man mit diesem Vorgehen - bei Kosten von jährlich Fr. 770'000.-- - den gewünschten Erfolg erzielt.

Der Grosse Stadtrat hat dann die Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 mit 38 : 4 Stimmen angenommen.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion ist deshalb mehrheitlich der Meinung, dass die vorliegende Motion zu weit geht. Es kann nicht sein, dass wir bei den mangelhaften oder fehlenden Grundfertigkeiten und/oder Deutschkenntnissen eine weitere Institution ins Leben rufen.

Dr. Raphaël Rohner hat im seinerzeitigen SPK-Bericht unter anderem Folgendes festgehalten;

Die Frage nach den Kosten des Deutschunterrichts für Eltern konnte ebenfalls befriedigend beantwortet werden: Man erreicht damit, dass Kleinkinder erste Kompetenzen in der deutschen Sprache erwerben und damit eine Grundlage für deren Weiterentwicklung im Kindergarten verfügen; der Einbezug der Mütter ist dabei sehr wichtig, sind diese doch ihre Hauptbezugspersonen, auch bei der Entwicklung der Sprachkompetenz innerhalb der Familie. Die Kurse werden vom EKA mitfinanziert, von den Müttern wird ein Kostenbeitrag verlangt.

Es muss deshalb im Interesse der jeweiligen Eltern liegen, dass diese das bereits vorhandene Angebot annehmen und davon auch entsprechend profitieren.

Für die SVP/JSVP/EDU-Fraktion geht die vorliegende Motion eindeutig zu weit. Es kann nicht sein, dass wir für ein solches Projekt – welches, wie erwähnt, bereits besteht – Lehrpersonen, die für die Kindergarten-, beziehungsweise die Vorschulstufe ausgebildet sind, eingesetzt werden, damit eine allfällige Kontinuität zur Bildung gewährleistet ist. Hier würden Kosten generiert, die in keinem Verhältnis zur Wirkung stehen würden.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird deshalb diese Motion mehrheitlich ablehnen. “

Theresia Derksen (CVP)**Votum**

”Für eine Anzahl Kinder begann kürzlich der Kindergarten. Folgendes wurde mir von einer Kindergärtnerin zugetragen: Eine Kindergärtnerin, die 8 neue Kindergartenschüler begrüßen durfte, musste feststellen, dass nur eines der Kinder Deutsch verstand. Es sei hier nicht die Frage gestellt, wie viele Sprachen eine Kindergärtnerin verstehen sollte, damit sie versteht, wenn ein Kind mitteilen will, dass

es zum Beispiel auf die Toilette muss.

Die Sprachkompetenz ist entscheidend für die Bildungslaufbahn. Die fremdsprachigen Kinder sind in der Sprachentwicklung besonders gefordert. Auf Grund der Tatsache, dass viele – insbesondere fremdsprachige – Kinder vor dem Kindergarteneintritt keine oder wenig Deutschkenntnisse haben, wäre ein Angebot von Deutschkursen im Vorschulkindergarten sicher empfehlenswert. In einem solchen Kurs, in dem Eltern und Kinder eingebunden sein sollten, könnten dann gleich auch wichtige Informationen zu Schule und Erziehung vermittelt werden und eventuell andere Defizite, nicht nur sprachliche, aufgedeckt werden.

Deshalb scheint uns ein Angebot wie in der vorliegenden Motion gefordert sinnvoll; allerdings dürfte es nicht leicht sein ein angemessenes Zuweisungsverfahren umzusetzen.

Ein Sprachtest im Vorschulalter könnte die Lösung sein. SR Urs Hunziker hat die Möglichkeit einer vorzeitigen Anmeldung in den Kindergarten erwähnt. Kindern mit grossen Defiziten könnte eine sprachliche Frühförderung angeboten werden, wobei die Teilnahme selektiv obligatorisch erklärt werden können sollte. Die Teilnahme der Eltern oder eines Elternteils ist erwünscht. Insbesondere fremdsprachige Eltern sollten auf eine solche Kursmöglichkeit aufmerksam gemacht werden.

Die CVP unterstützt die Motion von Katrin Hauser-Lauber und ist - falls diese überwiesen wird - gespannt auf die Vorlage. “

Florian Hotz (jfsh)

Votum

”Die Verantwortung für die Erziehung haben grundsätzlich die Eltern. Es darf und kann nicht sein, dass der Staat diese Verantwortung an sich reisst, auch wenn es um Chancengleichheit geht.

Trotzdem bin ich für die Idee von Katrin Hauser-Lauber und werde der Motion zustimmen. Ich werde Ihnen sagen, warum. Übrigens wird auch die grosse Mehrheit der Fraktion der Motion ebenfalls zustimmen.

Wenn man sich Studien zur Entwicklung von Kindern anschaut, sieht man ganz klar, dass Kinder, die später eine wirkliche Chance haben, in der Gesellschaft eine verantwortungsvolle Rolle einzunehmen, meistens bereits in sehr jungem Alter eine sinnvolle Förderung erfahren. Wo diese ausbleibt, ist oft Hopfen und Malz verloren. Oft können diese Defizite zwar ausgeglichen werden, aber es ist sehr schwierig und kostet einen enormen Aufwand.

Man könnte jetzt sagen: Der Staat ist verantwortlich. Er muss dafür sorgen, dass alle die gleiche standardisierte Erziehung bekommen. Dies wäre allerdings grundfalsch. Der Staat soll niemals etwas übernehmen, was die vielen engagierten Eltern viel besser machen können.

Wenn sich der Vater aber einen Deut darum bemüht, ob er oder sein Sohn Deutsch lernen, wenn die Mutter lieber den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzt, als dem Kind gewisse soziale Standards zu lernen und zu versuchen das Kind auf die Gesellschaft vorzubereiten, kann es sinnvoll sein, dass der Staat einspringt und dafür sorgt, dass die Eltern es besser machen.

Was ist uns lieber? Der kleine zusätzliche Aufwand am Anfang der Schulkarriere oder die gleichen Kinder ein paar Jahre später von der Strasse zu holen oder - noch viel teurer - in unseren Gefängnissen zu haben? Unterstützung zu leisten ist dann sehr viel schwieriger und sehr viel teurer. Die frühe selektive Betreuung und Schulung solcher Problemfälle kommt uns sicher billiger zu stehen. Wer dem Staat Geld sparen will - dies sage ich an die Adresse der SVP - muss hier zustimmen.

Wichtig scheint mir aber vor allem Folgendes hinsichtlich der konkreten Umsetzung:

Diese Problemfallmassnahmen dürfen nicht zur Norm werden. Wenn damit durch die Hintertür eine frühere Einschulung in der Stadt eingeführt werden soll, werde ich mich dagegen wehren.

Es ist in der Motion von einem kindergartennahen niederschweligen Angebot die Rede und davon, dass Kindergärtnerinnen diese Aufgabe wahrnehmen. Dies erscheint mir nicht unbedingt zentral; es geht hier nicht um ein Angebot, es geht ebenfalls nicht um Spielgruppen und Bastelstunden. Ich glaube, ich darf dies in der Parlamentsdebatte ganz klar ausdrücken: Es geht um einen strengen, für gewisse Kinder obligatorischen vorschulischen Aufholkurs. Anstatt Kindergärtnerinnen könnten pensionierte Lehrer aktiviert werden. Warum? Weil diese sich nicht zu schade wären, Leistung einzufordern. Zudem kommen sie auch besser damit zurecht, wenn Ausländereltern eine stark patriarchale Grundhaltung haben.

Als dritten Punkt möchte ich noch etwas zum Selektions- und Zuweisungsverfahren bemerken: Das ist nämlich fast das Schwierigste vom Ganzen. Wer wird zum Mitmachen verpflichtet? Welche Familie muss eine Busse zahlen, wenn sie trotzdem nicht am Programm mitmachen? Vermutlich wird man um ein zweistufiges Verfahren mit einem Fragebogen bei den Eltern zur Grobabklärung und gegebenenfalls auch um Einzelgespräche nicht umhin kommen. Wenn der SR diese schwierige Aufgabe löst, haben wir mit der Motion einen echten Mehrwert geschaffen, und dies für das Kind und seine Herkunftsfamilie und zugunsten der restlichen Kindern in den Regelklassen, die zügiger vorwärts machen können und letztlich auch für die Gemeinschaft. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Die Idee leuchtet auf Antrieb ein: Die Elternschaft und die Kindergartenkinder könnten in Zukunft in der Stadt Schaffhausen (wen wundert’s: selbstverständlich einmal mehr ein Alleingang der Stadt), künftigt ihre Deutschkenntnisse dort aufbessern, wo ihr Nachwuchs Tag für Tag den Sinn für die Gemeinschaft entwickelt, Natur und Abläufe erlebt, logische Zusammenhänge erkennen und begreifen lernt, Gespräche führt und zuhört, mit verschiedenen Techniken und Materialien experimentiert und gestaltet, eigene Ideen umsetzt und vor allem für fremdsprachige Kinder das Erlernen der Zweitsprache. Dabei werden sie, so glauben die Unterzeichner der Motion und der Stadtrat, gleich an die Grundlagen des hiesigen Bildungswesen herangeführt und nachhaltig integriert werden. Man schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe.

Wir stehen vor folgendem Fragenkomplex: Was ist zu verstaatlichen, was ist zu privatisieren und welche von den privaten Aufgaben sollen von rein wirtschaftlichen oder von zivilgesellschaftlichen Trägerschaften wahrgenommen, beziehungsweise übernommen werden? Für freiheitlich, eigenverantwortlich und freisinnig Denkende könnte ich hier mein Votum eigentlich schon abbrechen.

Anders Denkende und übereifrige Familienpolitikerinnen und -politiker versuche ich davon zu überzeugen, dass diese Motion nicht nötig ist. Denn immer stärker wird der Druck, dass der Staat den Familien nicht nur Unterstützung anbietet, sondern sich gleichzeitig auch verstärkt in die Erziehung und Betreuung einmischt.

Die vermeintlichen Reformer (die sicher keine Reformer sind, denn reformieren bedeutet die Form wieder herstellen, sie sind vielmehr Deformer) sie bauen die Verwaltung weiter aus und belasten damit den Steuerzahler zusätzlich. Was haben wir doch in jüngster Zeit in diesem Rat alles schon besprochen? Wir haben über geleitete Schulen, über Schliessung von Kindergärten, über finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze, über Tagesschulen jetzt, über Krippensubventionen und über Schulsozialarbeit beraten. Was ich aber auf keinem Fall in Zukunft will, sind Eltern im Laufgitter.

Wir sind nämlich heute in den Vorschul- (also Kindergarten), Schul- und Sozialbereichen an einen Punkt gelangt - und gerade die Verantwortlichen im Schulrat müssen sich doch täglich diese Überlegungen machen - ob die Experimente der letzten Jahre, die hinter uns liegen, oder ob die Auswertung der Experimente - wenn überhaupt Auswertungen gemacht wurden - richtig oder falsch, gut oder schlecht, gerecht oder ungerecht waren. Ist der Staat überhaupt zuständig oder unzuständig? Die wichtigste Frage ist jedoch nach dem Können. Dies betrifft in diesem Fall die Tauglichkeit, die kurz-, mittel- und langfristige und relativ dauerhafte Problemlösungsfähigkeit. Das Können hat mit Effizienz zu tun und fragt nach Alternativen: Funktionstüchtig oder nicht funktionstüchtig, akzeptabel oder nicht akzeptabel, praktikabel oder nicht praktikabel und - das Allerwichtigste - mit vernünftigen Aufwand realisierbar oder mit vernünftigen Aufwand nicht realisierbar.

Der inhaltliche Motionstext und die Begründung der Motionärin sowie das Referat des zuständigen Referenten erinnern mich an das Neue Testament, das auf Glaube, Hoffnung, Liebe aufbaut. Man könnte auch die neuzeitlich lustbetonte Form verwenden: Friede, Freude, Eierkuchen. Dass der Stadtrat jetzt noch eine neue Variante mit " unter Vorbehalt könnte man " bringt, hat mit Effizienz überhaupt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, es ist nun an der Zeit wieder einmal Klartext zu sprechen. Wie heisst es doch: Der Staat, das sind wir alle. Der Staat darf nicht alles, der Staat kann nicht alles. Damit sind die drei Prinzipien moderner Staatlichkeit Demokratie, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat angesprochen.

Nehmen wir das Dritte: Der Staat kann nicht alles. Dieser Satz nimmt Bezug auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, welche durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilung erreicht werden soll, aber immer wieder an die Grenzen der Realisierbarkeit stösst. Der Wohlfahrtsstaat hat nämlich die Tendenz, das stellt man je länger je mehr auch bei der städtischen Verwaltung fest, mehr zu versprechen als zu halten. Dies führt zu Verschuldung und zu Verlagerung der Folgen auf die nächste Generation, welche sich kaum mehr demokratisch oder rechtsstaatlich dagegen wehren kann.

Überlegen Sie sich, meine Damen und Herren, glauben Sie wirklich, wenn Sie dieser Motion zustimmen, dass der Staat dadurch mehr Effizienz entwickelt, beziehungsweise das Problem Eltern-Kind gelöst oder vermindert wird? Ich versichere Ihnen, wenn Sie zustimmen, wird die Schnittstelle der Verantwortung zwischen Eltern, Lernenden und Lehrenden auf eine administrative Ebene

verschoben. Wir alle kennen den städtischen, wuchernden und administrativen Aufwand, insbesondere den wuchernden administrativen Aufwand der lokalen Schulbehörden. Und nach meinem Dafürhalten kann die Forderung der Motionärin rechtlich gar nicht umgesetzt werden.

Die Schulbehörden haben nämlich ihre Grundaufgabe der pädagogischen Führung völlig vergessen. Es entwickelt sich seit Jahren eine ferngesteuerte Schule, ich denke da auch - obwohl ich es unterstütze - an die geleiteten Schulen. Wir bekommen eine Steuerzentrale des Schul und Sozialbereiches, die von Leuten bedient werden, die von den Herausforderungen des Unterrichts keine Ahnung haben, beziehungsweise davon fernbleiben.

Ich verschliesse mich nicht gegen Neuerungen. Diese Motion verfolgt weitgehend entweder die Interessen der Eltern, Bildungspolitikern, einzelner Lehrkräfte, einzelner Schulräte und Referenten oder eben der Administration. Diese Motion vermindert die Verantwortlichkeit der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, statt den Berufsstand aufzuwerten, beziehungsweise zu stärken. Sehen wir doch der Tatsache ins Auge und fragen uns, wo wir heute stehen und wo wir vor Jahren standen. Tüchtige kompetente Lehrende geraten seit Jahren in Konflikte, weil immer wieder neue sachfremde unübliche Schulabläufe vorgeschrieben oder von den Parlamentariern verlangt werden.

Müssen eigentlich die Kinder wie Erwachsene sein? Warum betrachten Sie das Kind, Frau Motionärin und Unterzeichner, wie ein Börsentitel, in den man investiert, um zu gewinnen? Es ist doch an der Zeit, die Probleme - wenn sie schon auf Niedergang deuten - nach Möglichkeit sachte abzubremesen, statt sie kräftig anzutreiben.

Im Kindergarten aber auch im Schulbereich brauchen wir keine weiteren Neuerungen, sondern Reformen, die auch diesen Namen verdienen. Es wäre nämlich so einfach: Stärken und sprechen Sie den Lehrenden Ihr Vertrauen aus. Geben Sie den Lehrenden wieder mehr Kompetenzen. Setzen Sie auf den Wert der Eigeninitiative und bedenken Sie, dass es in der Stadt schon unzählige private und von der öffentlichen Hand mitgetragene Integrationsangebote gibt. Ich denke hier vor allem an die Integrationsfachstelle Region Schaffhausen und weitere.

Wohlverstanden: Es ist richtig, dass Eltern und Kinder mit besonderen Problemen in den Bereichen Kindergarten und der Schule, aber auch darüber hinaus, vielfältige Unterstützung in Anspruch nehmen können. Aber es darf doch nicht sein, dass in einem freiheitlichen Staat alle Familien in ein einheitliches Schema gezwungen werden, wie Sie es mit dieser Motion anstreben. Für mich driftet der Bildungs- und Sozialbereich immer mehr wie zum Vorbild der ehemaligen DDR ab. Die Tendenz passt zum Abbau an Eigenverantwortung und Freiheit, wie er in der Gesellschaft allgegenwärtig ist. Wenn diese Entwicklung im Bereich der Familie sich weiterentwickelt, so führt es letztlich zur Schwächung und Auflösung der engsten menschlichen Beziehungen in der Familie.

Stellen Sie sich gegen Druck und Zwang, stimmen Sie der Motion nicht zu. “

Lotti Winzeler (OeBS)

Votum

“Walter Hotz kann ich nur in einem ganz kleinen Punkt Recht geben, und zwar wenn es darum geht, dass der Stadtrat gesagt hat, *vorbehältlich einer Untersuchung* würde er die Motion annehmen. In diesem Punkt bin ich nicht einverstanden; man sollte die

Motion so schnell wie möglich umsetzen und nicht erst noch die Untersuchung abwarten.

Investitionen in die Frühförderung sind nicht nur bezüglich Sprachkenntnisse von sehr grossem gesellschaftlichem und wirtschaftlichem und vor allem individuellem Nutzen. Ich verstehe die SVP nicht, wenn sie sagt, diese Motion gehe zu weit. Das ist genau der richtige Ansatz; es können später hohe Kosten eingespart werden, wenn viele Spätfolgen, wie sie heute existieren, wegfallen. Dass die Förderung der Sprachkenntnisse vor dem Kindergarten besonders wirksam ist, da Kinder in diesem Alter sprachlich besonders lernfähig sind, ist allen wohlbekannt. Kinder in diesem Alter lernen schnell. Je früher die mangelnden Sprachkenntnisse und - so habe ich die Motionärin verstanden - auch die Grundfertigkeiten trainiert werden, umso besser können die schlechten Startbedingungen dieser Kinder zusammen mit ihren Eltern aufgefangen werden.

Die Motion Eltern/Kind-Kurs vor dem Kindergarteneintritt zielt in die richtige Richtung und wird von der **OeBS/EVP-Fraktion** unterstützt.

Eine heikle Frage dieser Motion wird das Selektionsverfahren sein; Florian Hotz und auch Kurt Zubler haben diese Problematik bereits erwähnt. Es ist sehr wichtig, dass das Angebot niederschwellig ist. Niederschwellig bedeutet für die Zielgruppe einerseits, dass es finanzierbar ist und andererseits, dass es zu attraktiven Zeiten zur Verfügung steht, weil die Forderung auf einen Eltern/Kind-Kurs lautet, das heisst die Eltern sollen vom Staat ebenfalls eingebunden werden. Wer diese Kurse unterrichtet, möchte ich offen lassen. Hier sind Fachleute gefragt, die sich in diesem Bereich besser auskennen wie beispielsweise ich.

Die Lebenschancen waren noch nie so stark an den Bildungserfolg geknüpft wie heute. Mit vorschulischen Massnahmen, welche die Chancengleichheit in der Schule fördern, geben wir Kindern aus sozial schwächeren Schichten durch den Schulerfolg die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs.

Ich möchte Sie bitten diese Motion zu unterstützen und zu überweisen. “

Oliver Mank (SVP)

Votum

”Die sozialen Vorlagen aus dem Schulbereich überschlagen sich. Man will Schulsozialarbeiter, man braucht Schulleiter für geleitete Schulen und jetzt wollen Katrin Hauser-Lauber und ihre Mitmotionäre von der FDP auch noch damit beginnen, Kinder, kurz nachdem sie laufen können, staatlich zu fördern und überholen damit die SP auf der linken Spur.

Ich frage mich ernsthaft, was ist der nächste Schritt? Nehmen wir ungeeigneten Eltern die Kinder bereits nach der Geburt weg? Machen wir dafür einen Elterntest, wie die Motionärin dies mit einem “adäquaten Zuteilungsverfahren” für ihre Motion fordert?

Ich bin ein Mensch, der die Familie ins Zentrum des Kindes stellt. Darum habe ich Mühe mit solchen Vorlagen, auch wenn unbestreitbar Probleme da sind. Ich denke allerdings, dass wir - bevor wir hier Staatskinder nach sozialistischem Muster produzieren - die Probleme dahingehend anpacken sollten, dass wir von den betroffenen Eltern mehr Bemühungen zur Integration fordern und diese vor allem im sprachlichen Bereich auch klar mit der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung

verbinden.

Meine Damen und Herren, die Umsetzung dieser Motion kostet viel Geld. Am Beispiel der KSS sehen wir, dass die Stadt derzeit nicht einmal genügend Geld in der Kasse hat, um ihre Infrastruktur zu erhalten. Jetzt aber wollen wir mehrere Millionen Franken jährlich wiederkehrend für neue Schulsozialarbeiter, Spielgruppenleiterinnen und Schulpfleger ausgeben? Woher soll das Geld kommen? Wollen wir die Steuerzahler noch mehr auspressen oder finanzieren wir es durch neue Schulden? Schulden, die dann die hoffentlich erfolgreich therapierten und integrierten Kinder später einmal bezahlen dürfen? Die werden sich aber freuen. “

Simon Stocker

Votum

”Liebe SVP, lieber Walter Hotz, es ist absolut grotesk, was Sie hier zum Besten geben. Es geht mit diesem Vorstoss in keinster Weise darum, dass der Staat irgendwelche Kompetenzen der Eltern und Familien übernehmen will. Es geht nur darum, dass Kinder nicht für die Versäumnisse, beziehungsweise die Unfähigkeit ihrer Eltern oder im familiären Umfeld bestraft werden dürfen. Die Kinder haben ein Recht auf elementare Kenntnisse, wenn sie diese zuhause oder in ihrem Umfeld nicht erhalten. Alles andere ist Habakuk. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Nach einigen Rundumschlägen, die inhaltlich sehr gut begannen und auch nachvollziehbare Begründungen präsentierten - auch wenn man ihnen materiell nicht zwingend folgen muss - bin ich enttäuscht über die fehlende Sachlichkeit, die man diesem wichtigen Thema entgegenbringt.

Ich bekenne mich aus liberaler Tradition - und zwar aus einer liberalen Tradition, die auf ihren Fahnen trägt, mitverantwortlich zu sein, dass unser Volk seit bald 200 Jahren eine gute Grundbildung erhält - dazu, dass ich diese Motion unterstütze, und ich gehe davon aus, dass der SR eine der Problematik angemessene Vorlage ausarbeiten wird und die nicht zu einem flächendeckenden System führt, sondern dort das Problem aufgreift und Ursachen bekämpft, wo es richtig erscheint. Der freiheitliche Staat hat nicht dort seine Grenzen, oder beginnt nicht dort, wo man nur das eigene Ego pflegt. Der freiheitliche Staat hat einen Staats-, beziehungsweise Gesellschaftsvertrag zugrunde stehend, und dieser setzt voraus, dass er mündige Bürgerinnen und Bürger hat, welche möglichst alle eine umfassende Grundbildung erhalten sollten, die es ihnen ermöglicht, am demokratischen Meinungsbildungsprozess mitzuwirken und sich dafür zu entscheiden, in einer Partei mitzumachen oder bei Abstimmungen seine eigenständige Meinung einzubringen.

Wenn wir in unserem Staat Kinder haben, deren Eltern wegen ihrer Herkunft oder familiären Verhältnisse - ob Ausländer oder Schweizer - nicht in der Lage sind, ihren Pflichten nachzukommen, ist es unsere hehre Pflicht, diesen Kindern zu helfen; es sind nicht sehr viele, aber einige. Hier geht es nicht um Einmischung in Erziehung, sondern darum, die Erziehungsverantwortung dort zu übernehmen, wo nicht erzogen wird.

Ich bin auch gegen Staatserziehung und gegen sozialistische Erziehungsformen, wie sie früher im Ostblock praktiziert wurden. Hier geht es weder um Ideologien, noch um Dogmen, sondern darum, einzelnen Kindern, die benachteiligt sind, zu helfen. Dazu könnte ich Ihnen zahlreiche Erhebungen zeigen, nicht nur von der OECD, sondern

auch von Fachschulen, die basisorientiert forschen und Ihnen die Augen öffnen würden.

Verlassen wir den Weg der grossen Ideologien und Weltpolitik, die wir heute nicht betreiben können, und folgen unserer Kollegin Katrin Hauser-Lauber, die eine gute Motion formuliert hat und es dem SR vom Auftrag her offen lässt, eine vernünftige Vorlage vorzubereiten. Wir alle werden schliesslich im Rat und in einer SPK befinden können, ob dies so richtig sei oder nicht. Reformare heisst übrigens nicht rückführen, sondern erneuern, formare bedeutet formen und erneuern. Man braucht nicht den kleinen Stowasser beizuziehen, um sich hier Klarheit zu verschaffen.

Stehen wir für diese kleine Reform ein, sie wird uns nicht viel kosten und soll selbstverständlich auch die Eltern in Pflicht nehmen; das ist sehr wichtig. Es ist mir ebenfalls ein grosses Anliegen, dass das Votum von Paul Dill aufgenommen wird, der zu Recht darauf hingewiesen hat, dass wir bei der Behandlung der Vorlage Quartier- und Jugendarbeit bereits von einem gewissen Angebot in diesem Bereich gesprochen wurde. Diese Schnittstelle muss genau untersucht werden, es darf keine Doppelpurigkeiten geben.

Meine Damen und Herren, Hand auf das Herz, hören Sie hier und heute mehr auf Ihr Herz wie auf Ihre Ideologie. “

Roland Schöttle

Votum

”Mein Eindruck ist geprägt von zwei Ereignissen. Im Bürgerrat, wo ich jahrelang an vorderster Front tätig war, habe ich oft erlebt, dass Personen eingebürgert wurden, die in der Minderheit sehr gut Deutsch, allerdings in der grossen Mehrheit schlecht Deutsch gesprochen haben, wie beispielsweise Eltern von Schulkindern, die mit Defiziten in unser Schulsystem aufgenommen werden mussten. Des Weiteren höre ich immer wieder, dass in der Unterstufe Lehrer Mühe mit mehrheitlich fremdsprachigen Kindern haben, damit die Klasse überhaupt vorwärts kommt und diejenigen mit unserer Schweizer Muttersprache adäquat gefordert werden können.

Diese zwei Ereignisse führen mich dazu, dass ich genau diesen Wortlaut der Motion unterstütze, der fordert, dass Eltern und Kinder einen Kurs vor dem Kindergarteneintritt brauchen - denn genau dort beginnt das Defizit, und zwar mit dem Schwerpunkt der deutschen Sprache. Wird dieses Defizit in einem Kurs für Eltern und Kinder ohne gesetzliche Auflagen oder Zwängen aufgefangen, ist es sinnvoll und nützlich. Ich denke, dass diese Motion einen dringlichen Bedarf abdeckt, und darum bitte ich den SR unter Führung des neuen Stadtpräsidenten um schnelle Behandlung, damit das Anliegen baldmöglichst für viele Kinder umgesetzt werden kann. Ich stimme der Motion in der vorliegenden Form zu. “

Ernst Spengler (SVP)

Votum

”Die Probleme sind bekannt, das schleckt keine Geiss weg. Für mich stellt sich die Frage, was sinnvoller ist: Früher oder später anfangen? Ich will auch keine Familien im Laufgitter. Aber ein Teil des Problems, das wir haben, ist gerade deshalb, weil wir Familien im Laufgitter haben, die das Haus nicht verlassen dürfen. Ich werde der Motion zustimmen. “

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

”Es gab einmal eine Interpellation von Andres Bächtold, die hiess “Verlotterte Häuser sind auch Schulden”; analog müssten wir heute feststellen, dass gescheiterte Schüler auch Staatslasten sind; da gebe ich Ernst Spengler Recht.

Es gab zwischen der Forderung, wie sie vorliegt und der mündlichen Begründung von Katrin Hauser-Lauber eine Diskrepanz, die ich klären möchte. Man soll Eltern/Kind-Kurse anbieten, dazu verpflichten und diese teilweise von der öffentlichen Hand finanzieren. Ich bin auch in diesem Fall dafür, dass Eltern einen Beitrag bezahlen. Aber ich bin nicht mit dem Obligatorium einverstanden. Man soll die Eltern *sehr* motivieren, aber es nützt nichts, Eltern dazu zu *verpflichten*, etwas zu lernen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)**Schlusswort**

”Ihre positiven und kritischen Voten konnte ich nur teilweise nachvollziehen. Wie mehrfach erwähnt wurde, sollte bei der Frühförderung die Chancengleichheit im Vordergrund stehen. Ein freudvoller Kindergartenalltag sollte für alle Kinder möglich sein. Solche Kurse sind besonders wirkungsvoll, weil auch die Eltern miteinbezogen sind und dadurch in ihre Pflicht genommen werden. Mir wäre es lieber, wenn der Titel nicht verändert wird. Eltern sind Begleiter der Kinder und sollen auch zuhause das Kind mitfördern können. Deshalb möchte ich den Begriff Eltern/Kind-Kurs belassen. Der Vorschlag des SR, dass eine fachkundige Gruppe aus den Bereichen Frühförderung und Bildung eine Vorlage zuhanden des GrSR erstellt, ist sinnvoll und unterstützenswert. Der Vorbehalt des SR (Abwarten eines Untersuchungsergebnisses) ist meiner Ansicht nach nicht nötig, wenn eine Fachgruppe die Ausarbeitung der Vorlage übernimmt. Die Resultate der Untersuchung sollten jedoch sehr wohl in die zukünftige Vorlage einfließen können, aber die Ausarbeitung der Vorlage sollte ohne Abwarten bis die Gruppe zu einem unbekanntem Zeitpunkt einsatzbereit ist, an die Hand genommen werden.

Ich bin mir sicher, dass die beim Eintritt in den Kindergarten bereits festgestellte Heterogenität im früheren Kindesalter mit einer guten Förderung und Zusammenarbeit mit den Eltern ausgeglichen werden kann. Ich freue mich, wenn die Motion auch in der ursprünglichen Form erheblich erklärt wird. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **36 : 8 Stimmen** erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Die dritte SPK-Sitzung der SPK *Gesamtstädtische Einführung geleitete Schulen - Strukturreform Stadtschulrat* findet am 29. Oktober 2008, um 18.00 Uhr, statt.

Die nächste Ratssitzung findet am 16. September 2008 statt. Es ist keine Doppelsitzung vorgesehen, weil die meisten Fraktionen der Einladung zum U21-Fussballspiel folgen und die Fraktionssitzungen ausfallen werden. Eine Doppelsitzung ist nach den Herbstferien vorgesehen.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:35 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt